

Insolvenzen Neugründungen Löschungen

■ I. Halbjahr 2010

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen	1
1.1	Die Insolvenzzahlen in Deutschland im ersten Halbjahr 2010	1
1.2	Verluste und Schäden durch Insolvenzen	5
1.3	Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste	7
1.4	Insolvenzentwicklung zwischen Konjunktur und Finanzierung	9
1.5	Insolvenzen in den Wirtschaftsbereichen	14
1.6	Insolvenzen nach Rechtsform	18
1.7	Insolvenzen nach Unternehmensgröße und Alter	19
1.8	Große Firmeninsolvenzen	22
1.9	Wirtschaftspolitisches Umfeld	26
2	Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen	28
2.1	Gründungsbilanz	28
2.2	Neueintragungen nach Bundesländern	31
2.3	Neueintragungen in den Wirtschaftsbereichen	33
2.3.1	Beschäftigungsbeitrag von Neugründungen	35
2.3.2	Branchenspezifisches Gründungsklima	37
3	Zusammenfassung	39

Anhang: Branchenspezifisches Gründungsklima

■ **1 Insolvenzen**
1.1 Die Insolvenzzahlen in Deutschland
im ersten Halbjahr 2010

Der lange Schatten der Rezession liegt noch immer auf dem Insolvenzgeschehen in Deutschland. Im ersten Halbjahr 2010 blieb sowohl die Zahl der Unternehmens- als auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen auf einem hohen Niveau. Mehr noch: Als nachlaufender Konjunkturindikator nahm die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gegenüber dem Vorjahr noch einmal zu. Mit 17.360 Unternehmenszusammenbrüchen (Vorjahr: 16.210) wurden 7,1 Prozent mehr Fälle gezählt. Große und spektakuläre Pleiten, wie sie noch im letzten Jahr zu beobachten waren, sind diesmal aber ausgeblieben. Das Gros des Insolvenzgeschehens spielte sich im Mittelstand ab.

Insolvenzzahlen steigen weiter

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamtinsolvenzen	Unternehmensinsolvenzen	Verbraucherinsolvenzen **)	sonstige Insolvenzen **)
1999	33.870 - 0,3%	26.620 - 4,3%	2.450 -	4.800 -
2000	41.780 + 23,4%	27.930 + 4,9%	10.360 + 322,9%	3.490 - 27,3%
2001	49.510 + 18,5%	32.390 + 16,0%	13.490 + 30,2%	3.630 + 4,0%
2002	84.330 + 70,3%	37.620 + 16,1%	21.520 + 59,2%	25.190 + 593,9%
2003	100.350 + 19,0%	39.470 + 4,9%	33.510 + 55,7%	27.370 + 8,7%
2004	118.260 + 17,8%	39.270 - 0,5%	49.100 + 46,5%	29.890 + 9,2%
2005	136.570 + 15,5%	36.850 - 6,2%	68.900 + 40,3%	30.820 + 3,1%
2006	161.320 + 18,1%	34.040 - 7,6%	96.500 + 40,1%	30.780 - 0,1%
2007	164.750 + 2,1%	29.150 - 14,4%	105.300 + 9,1%	30.300 - 1,6%
2008	155.910 - 5,4%	29.580 + 1,5%	98.450 - 6,5%	27.880 - 8,0%
2009 Hj.	79.140 + 2,5%	16.210 + 11,3%	48.350 - 0,1%	14.580 + 2,7%
2009	162.870 + 4,5%	32.930 + 11,3%	100.790 + 2,4%	29.150 + 4,6%
2010 Hj. *)	87.150 + 10,1%	17.360 + 7,1%	54.780 + 13,3%	15.010 + 2,9%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Die nochmals gestiegene Zahl der Firmenzusammenbrüche zeigt, wie angeschlagen die finanzielle Stabilität vieler Unternehmen nach 1 1/2 Jahren Wirtschafts- und Finanzkrise ist. Die Kapitalreserven sind vielfach erschöpft, frisches Geld war lange nur unter verschärften Bedingungen oder gar nicht erhältlich. Das betraf

Finanzierungsprobleme und einseitige Abhängigkeit

sowohl den Bank- als auch den Lieferantenkredit, da die Kreditgeber deutlich vorsichtiger geworden sind. So hat sich das Insolvenzgeschehen auf den gesamten Mittelstand ausgedehnt. Die Großinsolvenzen des vergangenen Jahres hatten zudem eine ganze Reihe von Zuliefer- und Dienstleistungsunternehmen mit in die Tiefe gerissen. Die einseitige Abhängigkeit dieser oftmals kleinen und mittleren Betriebe von wenigen großen Kunden macht sie anfällig für Konjunkturschwankungen, etwa bei exportorientierten Kunden aus der Industrie.

Gleichzeitig flacht die Zuwachsrates des Insolvenzgeschehens ab; die Wirtschaftslage stabilisiert sich seit dem Jahresbeginn. In vielen Wirtschaftsbereichen wie der Industrie füllen sich bereits wieder die Auftragsbücher und die Kapazitätsauslastung zieht an. Allerdings müssen die Unternehmen zunächst Geld in die Hand nehmen, um die Lager aufzufüllen und Aufträge vorzufinanzieren. In Zeiten schwieriger Kreditverhandlungen und ohne eigene Kapitalreserven ist das kein leichtes Unterfangen. Die Gefahr eines „kreditlosen Aufschwungs“ ist daher noch nicht völlig gebannt.

Anstieg der Privatinsolvenzen

Eine Privatinsolvenz entwickelt sich für immer mehr Deutsche zu einer wichtigen Option, sich der Schulden zu entledigen. In den ersten sechs Monaten mussten 54.780 Verbraucher einen Insolvenzantrag stellen. Das waren 13,3 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum, als 48.350 Personen Insolvenz anmelden mussten. Die Entwicklung des ersten Halbjahres deutet bereits an, dass auch im Gesamtjahr 2010 die Zahl der Verbraucherinsolvenzen wie 2009 deutlich über der Marke von 100.000 liegen dürfte. Selbst ein neuer Rekordwert ist im Bereich des Möglichen.

Der deutliche Anstieg der Verbraucherinsolvenzen hat seine Ursache zum einen in der stark gestiegenen privaten Verschuldung. Rund 6,2 Millionen Deutsche gelten als überschuldet, da sie mit den laufenden Einnahmen ihre Verbindlichkeiten nicht mehr bedienen können. Die hohe Nachfrage nach Schuldnerberatung ist ein deutliches Zeichen für diese Entwicklung. Dabei

war die Wirtschaftskrise für viele der jetzt eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren noch gar nicht der auslösende Faktor. Die Auswirkungen der Rezession zeigen sich allerdings bei denjenigen Anträgen auf Privatinsolvenz, die auf eine gescheiterte Selbstständigkeit zurückzuführen sind. Denn in den letzten zwei Jahren waren die Bedingungen für Unternehmensgründungen nicht gerade günstig.

Die Gesamtzahl der Insolvenzen beläuft sich im ersten Halbjahr auf 87.150 Fälle. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entspricht das einem Zuwachs um gut zehn Prozent, wobei die stark gestiegene Entwicklung bei den Privatinsolvenzen den Hauptauschlag gab. Bei den sonstigen Insolvenzen, die sich aus den Insolvenzen ehemals Selbstständiger, natürlicher Personen als Gesellschafter und Nachlassinsolvenzen zusammensetzen, wurde ein leichter Anstieg verzeichnet: Mit 15.010 Verfahren wurden hier 2,9 Prozent mehr Fälle registriert als im Vorjahr (14.580).

Viel zu tun bei den Gerichten

Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%	2.030	-	4.030	-
2000	29.590	+ 17,8%	18.120	- 4,9%	8.990	+ 342,9%	2.480	- 38,5%
2001	36.010	+ 21,7%	21.750	+ 20,0%	11.150	+ 24,0%	3.110	+ 25,4%
2002	62.940	+ 74,8%	26.550	+ 22,1%	18.240	+ 63,6%	18.150	+ 483,6%
2003	76.520	+ 21,6%	29.650	+ 11,7%	27.740	+ 52,1%	19.130	+ 5,4%
2004	90.680	+ 18,5%	30.080	+ 1,5%	41.820	+ 50,8%	18.780	- 1,8%
2005	103.640	+ 14,3%	28.020	- 6,8%	53.810	+ 28,7%	21.810	+ 16,1%
2006	122.480	+ 18,2%	26.890	- 4,0%	72.290	+ 34,3%	23.300	+ 6,8%
2007	125.100	+ 2,1%	23.250	- 13,5%	80.010	+ 10,7%	21.840	- 6,3%
2008	121.420	- 2,9%	23.690	+ 1,9%	77.310	- 3,4%	20.420	- 6,5%
2009 Hj.	62.090	+ 4,5%	12.990	+ 12,1%	38.240	+ 1,5%	10.860	+ 6,7%
2009	127.360	+ 4,9%	26.670	+ 12,6%	79.320	+ 2,6%	21.370	+ 4,7%
2010 Hj. *)	68.830	+ 10,9%	14.090	+ 8,5%	43.650	+ 14,1%	11.090	+ 2,1%

*) von Creditreform geschätzt

***) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Das Insolvenzgeschehen entwickelte sich in Ost- und Westdeutschland sehr ungleichmäßig. Während die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Westen um

Ostdeutschland stabiler

deutliche 8,5 Prozent auf 14.090 Fälle zunahm (Vorjahr: 12.990 Fälle), kommt der leichte Anstieg (plus 1,6 Prozent) in Ostdeutschland beinahe einer Stagnation gleich. Nach 3.220 Unternehmen im Vorjahreszeitraum mussten in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres 3.270 ostdeutsche Betriebe aufgeben.

Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	8.760	- 0,6%	7.570	- 4,7%	420	-	770	-
2000	12.190	+ 39,2%	9.810	+ 29,6%	1.370	+ 226,2%	1.010	+ 31,2%
2001	13.500	+ 10,7%	10.640	+ 8,5%	2.340	+ 70,8%	520	- 48,5%
2002	21.390	+ 58,4%	11.070	+ 4,0%	3.280	+ 40,2%	7.040	+ 1253,8%
2003	23.830	+ 11,4%	9.820	- 11,3%	5.770	+ 75,9%	8.240	+ 17,0%
2004	27.580	+ 15,7%	9.190	- 6,4%	7.280	+ 26,2%	11.110	+ 34,8%
2005	32.930	+ 19,4%	8.830	- 3,9%	15.090	+ 107,3%	9.010	- 18,9%
2006	38.840	+ 17,9%	7.150	- 19,0%	24.210	+ 60,4%	7.480	- 17,0%
2007	39.650	+ 2,1%	5.900	- 17,5%	25.290	+ 4,5%	8.460	+ 13,1%
2008	34.490	- 13,0%	5.890	- 0,2%	21.140	- 16,4%	7.460	- 11,8%
2009 Hj.	17.050	- 3,9%	3.220	+ 8,1%	10.110	- 6,0%	3.720	- 7,5%
2009	35.510	+ 3,0%	6.260	+ 6,3%	21.470	+ 1,6%	7.780	+ 4,3%
2010 Hj. *)	18.320	+ 7,4%	3.270	+ 1,6%	11.130	+ 10,1%	3.920	+ 5,4%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Die weniger am Export hängende Wirtschaftsstruktur östlich der Elbe und ein höherer Anteil des öffentlichen Sektors haben die Folgen der Weltwirtschaftskrise abgemildert. Die Binnenmarktsektoren mittelständischer Bau und Dienstleistungen erwiesen sich gerade in den ostdeutschen Ländern als stabilisierender Faktor. Die unterschiedliche Branchenstruktur zwischen Ost und West zeigt sich auch in der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes nach Bundesländern. Mit einem vergleichsweise geringen Minus von 0,7 Prozent in Berlin, 2,1 Prozent in Brandenburg und 3,8 Prozent in Sachsen fiel der Konjunkturunbruch weniger stark aus als in West- und Süddeutschland.

Allerdings lässt sich auch im Osten Deutschlands ein deutlicher Anstieg der Privatinsolvenzverfahren feststellen. Mit 10,1 Prozent fiel der Zuwachs wie im Wes-

ten (plus 14,1 Prozent) zweistellig aus. Mehr als 11.100 (Vorjahr: 10.110) ostdeutsche Verbraucher gingen in ein Entschuldungsverfahren. Im Westen sind 43.650 Personen betroffen (Vorjahr: 38.240).

1.2 Verluste und Schäden durch Insolvenzen

Die volkswirtschaftlichen Schäden durch Insolvenzen sind enorm. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres beziffern sich die finanziellen Verluste auf rund 14,7 Milliarden Euro. Das entspricht in etwa dem jährlichen Steueraufkommen des Soli-Zuschlags. Das Schadensniveau liegt damit 6,1 Milliarden Euro unter dem des Vorjahreszeitraums, als viele Großinsolvenzen Schäden von insgesamt rund 20,8 Milliarden Euro verursachten. Pro Insolvenzfall bleiben im Durchschnitt bei den privaten Gläubigern Forderungen von 588.000 Euro offen. Im ersten Halbjahr 2009 betrug die mittlere Schadenssumme noch 882.000 Euro.

***Insolvenzgeschehen
kleinteiliger – Schadens-
summe geht zurück***

Tab. 4: Insolvenzscha'den in Deutschland in Mrd. Euro

■	private Gläubiger	Schäden der öffentlichen Hand	Gesamt	private Forderungsverluste je Insolvenzfall in Euro
2000	17,9	9,2	27,1	641.000
2001	22,0	10,3	32,3	679.000
2002	26,6	11,8	38,4	707.000
2003	27,9	12,6	40,5	707.000
2004	27,5	11,9	39,4	700.000
2005	26,7	10,8	37,5	725.000
2006	22,4	8,7	31,1	658.000
2007	21,2	8,0	29,2	727.000
2008	21,0	8,0	29,0	710.000
2009 Hj.	14,3	6,5	20,8	882.000
2009	63,8	15,1	78,9	1.937.000
2010 Hj. *)	10,2	4,5	14,7	588.000

*) von Creditreform geschätzt

Insgesamt werden die privaten Gläubiger voraussichtlich gut zehn Milliarden Euro abschreiben müssen (Vorjahr: 14,3 Milliarden Euro). Für die öffentliche Hand entstanden im ersten Halbjahr Schäden von schätzungsweise 4,5 Milliarden Euro. Diese setzen

sich zusammen aus Zahlungen, die im Falle einer Insolvenz übernommen werden müssen – wie Insolvenzgeld und Verfahrenskosten – sowie aus sonstigen Forderungsverlusten (Vorjahr: 6,5 Milliarden Euro).

Viele Schäden erst spät feststellbar

Die exakte Schadenssumme zu beziffern, die eine Insolvenz Gläubiger und Staat kostet, ist schwierig. Zum einen ist oft nicht genau feststellbar, ob tatsächlich alle Forderungen in voller Höhe angemeldet wurden, andererseits kann nicht in allen Fällen geklärt werden, welche Rückflüsse an die Gläubiger gingen. Dennoch erlaubt die Erfassung der voraussichtlichen Forderungen schon bei Eröffnung eine gute Einschätzung der Schadenssumme, insbesondere im Hinblick auf eine Zu- oder Abnahme gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Das Statistische Bundesamt registriert die voraussichtlichen Forderungen, die aufgrund von Insolvenzen bei den Gläubigern offen bleiben. Danach wurden allein bei Unternehmensinsolvenzen im ersten Quartal 2010 insgesamt etwa 5,5 Milliarden Euro gezahlt. Im Vergleich mit dem Vorjahr (6,8 Milliarden Euro) entspricht das einem Rückgang von rund 19 Prozent. Zu beachten ist dabei, dass die Gerichte – mangels verfügbarer Quellen – die Forderungshöhe oftmals schätzen. Zum Zeitpunkt der Erfassung der Insolvenz ist die Aufforderung zur Abgabe aller Gläubigeransprüche noch nicht ergangen, so dass noch nicht alle Forderungen bekannt sind. Im Regelfall steht erst rund zwei Jahre nach Verfahrenseröffnung fest, welche Höhe die Forderungen aus einem Insolvenzfall insgesamt haben.

Pensionssicherung atmet auf

Nicht nur Lieferanten und Arbeitnehmer bangen im Falle einer Insolvenz um ihre Ansprüche. Auch Betriebsrenten und Rentenanwartschaften der Beschäftigten sind in Gefahr. Der Pensionssicherungs-Verein (PSVaG) versichert knapp zehn Millionen Versorgungsberechtigte, darunter 6,1 Millionen Arbeitnehmer. Hieraus ergibt sich eine große sozialpolitische Bedeutung der Insolvenzsicherung in der betrieblichen Altersvorsorge. Das Schadensvolumen für die zum Zeitpunkt der Insolvenz laufenden Betriebsrenten liegt nach Angaben des PSVaG auch zu Beginn dieses

Jahres auf einem hohen Niveau. Mit einem Rekordschadenswert wie im vergangenen Jahr ist aber nicht zu rechnen.

1.3 Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste

Der deutsche Arbeitsmarkt zeigte sich in der Rezession von 2009 erstaunlich stabil. Arbeitsmarktpolitische Instrumente wie das Kurzarbeitergeld hielten den Anstieg der Arbeitslosigkeit im Gegensatz zu anderen Ländern Europas in Grenzen. Nachdem der Aufschwung zunehmend Konturen annimmt, steigt die Nachfrage nach Fachkräften wieder und die Arbeitslosigkeit beginnt zu sinken. So verringerte sich die Zahl der Erwerbslosen nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg (BA) im Mai 2010 gegenüber dem Vorjahresmonat um 217.000. Die konjunkturbedingte Kurzarbeit wurde seit ihrem Hoch vor einem Jahr (1,5 Millionen Betroffene) um die Hälfte zurückgefahren.

Das Wunder am Arbeitsmarkt

Tab. 5: Von der Insolvenz des Arbeitgebers betroffene Arbeitnehmer *)

■	Anzahl der Personen	Veränderung zum Vorjahr in Prozent
2000	448.000	- 4,9
2001	503.000	+ 12,3
2002	590.000	+ 17,3
2003	613.000	+ 3,9
2004	605.000	- 1,3
2005	563.000	- 6,9
2006	473.000	- 16,0
2007	440.000	- 7,0
2008	447.000	+ 1,6
2009 Hj.	254.000	+ 54,4
2009	521.000	+ 16,6
2010 Hj.	155.000	- 39,0

*) von Creditreform geschätzt

Diese positive Entwicklung findet sich in der rückläufigen Zahl der von einer Insolvenz des Arbeitgebers betroffenen Arbeitnehmer wieder. Nachdem im ersten Halbjahr 2009 noch 254.000 Beschäftigte um ihren

**kleine Firmen = weniger
Beschäftigte betroffen**

Arbeitsplatz fürchteten, sind von Januar bis Juni 2010 lediglich 155.000 Arbeitnehmer von einer Insolvenz betroffen. Das entspricht einem Rückgang um 39,0 Prozent. Da sich das Insolvenzgeschehen stärker als im vergangenen Jahr auf den „kleinen“ Mittelstand konzentriert und diese Firmen oftmals nur wenige Beschäftigte haben, ist die Entwicklung nicht verwunderlich. Das bestätigt auch ein Blick auf die Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA), die beim Insolvenzgeld einen deutlichen Rückgang aufweist – etwa um ein Drittel gegenüber dem Vorjahr. Typischerweise zahlt die BA bei Insolvenz des Arbeitgebers die ausstehenden Löhne noch drei Monate fort.

**Auch Zulieferer müssen
Stellen streichen**

Bei der Betrachtung der Zahl der gefährdeten Arbeitsplätze muss allerdings berücksichtigt werden, dass die zum Zeitpunkt der Insolvenz beschäftigten Personen und damit die Zahl der bedrohten Stellen vielfach nicht gemeldet werden und damit in der Statistik fehlen. Des Weiteren sind bereits im Vorfeld der Unternehmensinsolvenz Arbeitsplätze abgebaut worden und auch Lieferanten mussten aufgrund von Kundeninsolvenzen Mitarbeiter entlassen. Daher muss die Zahl der vom Insolvenzantrag betroffenen Arbeitnehmer eher höher eingeschätzt werden. Auf Basis von regelmäßigen Unternehmensbefragungen von Creditreform lassen sich diese Stellen für die ersten sechs Monate auf etwa 68.000 quantifizieren und zur Zahl der bedrohten Arbeitsplätze hinzufügen.

Tab. 6: Verteilung der Arbeitsplatzverluste nach Unternehmensgrößenklassen im 1. Halbjahr 2010

■	Anzahl	Prozent- verteilung
1 – 5 Personen	27.400 (24.900)	17,7 (9,8)
6 – 10 Personen	12.600 (12.500)	8,1 (4,9)
11 – 20 Personen	13.800 (12.500)	8,9 (4,9)
21 – 50 Personen	19.000 (21.300)	12,3 (8,4)
51 – 100 Personen	12.800 (15.200)	8,3 (6,0)
> 100 Personen	69.400 (167.600)	44,8 (66,0)

Anteile in Prozent; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank, Angaben geschätzt

Nach wie vor belastet die Insolvenz eines Großunternehmens den Arbeitsmarkt stärker als viele kleinere Unternehmenspleiten. Das gilt umso mehr für den regionalen Arbeitsmarkt und beim Zusammenbruch eines lokal bedeutenden Arbeitgebers. Allerdings haben 2010 kleinere Firmen ein höheres Gewicht an den zu erwartenden Arbeitsplatzverlusten bekommen. 27.400 der bedrohten Stellen entfallen auf Unternehmen, bei denen zum Zeitpunkt der Insolvenzmeldung höchstens fünf Personen beschäftigt waren (Vorjahr: 24.900). Das entspricht 17,7 Prozent aller von Insolvenz bedrohten Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland (Vorjahr: 9,8 Prozent). Mit 44,8 Prozent sind aber auch 2010 die meisten Stellen bei Großunternehmen in Gefahr, nachdem im Vorjahr noch zwei Drittel (66,0 Prozent) der bedrohten Stellen bei insolventen Großunternehmen zu finden waren. Im Zuge von Restrukturierung, Sanierungsbemühungen und Zerschlagung wird ein Großteil der gefährdeten Arbeitsplätze auch tatsächlich wegfallen.

Gefährdete Jobs bei Großunternehmen

1.4 Insolvenzentwicklung zwischen Konjunktur und Finanzierung

Die Insolvenzentwicklung wird in wesentlichen Zügen vom finanziellen und konjunkturellen Umfeld bestimmt. Wie die Stabilität des Unternehmenssektors auch noch im laufenden Jahr durch eine magere Ertragslage und restriktive Finanzierungsbedingungen belastet wird, verdeutlichen die folgenden Punkte.

Ertragslage und Eigenkapital

Die Ertragslage im Mittelstand bleibt trotz der Stabilisierungstendenzen angespannt. Ausgehend von einem niedrigen Ausgangsniveau ist immerhin eine leichte Verbesserung festzustellen. So beklagten im Frühjahr 2010 nur noch 42,5 Prozent der mittelständischen Unternehmen Gewinnrückgänge. Damit ist die Negativentwicklung zunächst gestoppt. Im Vorjahr waren noch 51,6 Prozent von Einbußen betroffen. Rund ein Siebtel der Betriebe (14,9 Prozent) verzeichnete schon wieder Ertragszuwächse (Vorjahr: 9,2 Prozent). Datengrundlage war eine repräsentative Befra-

Ertragslage verbesserungswürdig

gung der Creditreform Wirtschaftsforschung unter rund 4.000 kleinen und mittleren Unternehmen.

Tab. 7: Ertragslage im Mittelstand

■	gestiegen	14,9 (9,2)
	stabil	41,8 (37,9)
	gesunken	42,5 (51,6)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Notwendigkeit zur Eigenkapitalstärkung

Die Wirtschaftskrise und die gestiegenen Insolvenzrisiken haben die mittelständischen Unternehmen unter Zugzwang gebracht. Viele haben die Notwendigkeit zur Stärkung ihrer Eigenkapitaldecke erkannt. Nachdem sich die Ertragslage leicht zu bessern beginnt, können diese Gewinne in die Kapitalrücklagen fließen. So haben immerhin 26,8 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland eine Eigenkapitalquote, die 30 Prozent – gemessen an der Bilanzsumme – übersteigt. Vor einem Jahr lag dieser Anteilswert erst bei 22,9 Prozent. Gleichzeitig haben weniger Firmen als noch vor Jahresfrist eine zu niedrige Eigenkapitalquote: So wiesen im vergangenen Jahr noch 31,5 Prozent der Befragten eine Eigenkapitalquote von unter 10 Prozent auf – 2010 sind es 28,7 Prozent der mittelständischen Unternehmen.

**Tab. 8: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im
Verhältnis zur Bilanzsumme**

■	bis 10%	28,7 (31,5)
	bis 20%	25,9 (25,7)
	bis 30%	18,6 (19,9)
	über 30%	26,8 (22,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Mit einer soliden Eigenkapitaldecke können nicht nur konjunkturelle Dellen schneller überwunden und Zahlungsausfälle ausgeglichen werden. Ein Unternehmen signalisiert damit auch eine hohe Eigenfinanzkraft und wird so unabhängiger vom Bankenmarkt. Falls Fremdkapital, beispielsweise für ein Investitionsvorhaben, nötig ist, ist die Eigenkapitalquote eine ausschlagge-

bende Kennziffer für die Bestimmung der Kreditkonditionen.

Tab. 9: Niedrige Eigenkapitalausstattung nach Unternehmensgröße

■	Eigenkapital < 10% der Bilanzsumme	%-Anteil
	bis 5 Mitarbeiter	36,9 (37,7)
	bis 10 Mitarbeiter	31,5 (37,1)
	bis 20 Mitarbeiter	32,1 (34,5)
	bis 50 Mitarbeiter	20,9 (24,1)
	bis 100 Mitarbeiter	23,5 (30,2)
	bis 250 Mitarbeiter	20,1 (15,6)
	mehr als 250 Mitarbeiter	12,6 (23,4)
	<i>Durchschnitt</i>	<i>28,7 (31,5)</i>

Angaben in % der Befragten; () = Vorjahresangaben

Vor allem Kleinstunternehmen mit bis zu fünf Beschäftigten weisen oftmals eine zu niedrige Eigenkapitalquote auf. 36,9 Prozent dieser Betriebe haben weniger als ein Zehntel ihres Vermögens mit Eigenmitteln finanziert. Zu einem Großteil besteht hier eine Abhängigkeit von Fremdkapitalgebern. Bei mittleren und größeren Unternehmen sinkt dieser Anteil auf 20,1 Prozent in der Größenklasse zwischen 100 bis 250 Beschäftigten und auf 12,6 Prozent bei noch größeren Firmen (mehr als 250 Mitarbeiter).

Kleine Unternehmen mit Nachholbedarf

Zahlungsverhalten der Kunden

Die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Zahlungsmoral blieben weitgehend überschaubar. Bei Lieferungen und Leistungen an private und gewerbliche Kunden konnten knapp drei Viertel der Unternehmen (73,0 Prozent; Vorjahr: 70,9 Prozent) den Geldeingang nach spätestens 30 Tagen verbuchen. Noch immer beklagt aber jeder Siebte (14,8 Prozent; Vorjahr: 14,0 Prozent) Zahlungsausfälle, die in der Summe ein Prozent des Jahresumsatzes übersteigen.

Gutes Forderungsmanagement und Vorsichtsprinzip

Weiterhin gilt im Mittelstand das Vorsichtsprinzip, denn in den von hohen Forderungsverlusten betroffenen Unternehmen kann es schnell zu einem Liquiditätsengpass kommen. Aufträge lassen sich dann nicht

8 von 10 geben wegen Liquiditätsengpass auf

mehr vorfinanzieren, und die finanzielle Stabilität eines Unternehmens gerät in Gefahr. Nicht umsonst ist bei acht von zehn Unternehmensinsolvenzen die Zahlungsunfähigkeit – also das Fehlen ausreichend flüssiger Mittel – der Grund für die Insolvenzmeldung.

Tab. 10: Durchschnittliche Forderungsausfälle des Mittelstandes in Prozent zum Umsatz

■	bis 0,1%	30,6 (29,9)
	bis 1,0%	38,3 (39,2)
	über 1,0%	14,8 (14,0)
	keine Verluste	14,8 (14,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Finanzierungsbedingungen

Die Finanzierungsbedingungen haben sich seit dem Ausbruch der Finanzmarktkrise vor rund zwei Jahren erheblich verschärft. Manche Finanzierungsquelle war praktisch versiegt oder erheblich teurer geworden. Mit der Frühjahrsbelebung setzt nun eine leichte Entspannung der Lage ein. Für eine generelle Entwarnung ist es aber noch zu früh.

Tab. 11: Veränderung der Kreditbedingungen in den Wirtschaftsbereichen

■	Zins- erhöhung	mehr Sicher- heiten	nicht in ge- wünschter Höhe	nicht in ge- wünschter Laufzeit	Kredit- ablehnung	Sonstiges
Verarb. Gewerbe	30,9	84,1	17,8	7,4	14,2	3,8
Bau	37,3	86,7	24,9	10,7	19,6	6,1
Handel	37,5	81,3	14,1	4,3	13,6	4,9
Dienstleistungen	35,8	85,4	17,6	6,9	18,6	4,5
Gesamt	35,3	84,4	18,2	7,1	16,7	4,7

Angaben in % der Befragten; Mehrfachnennungen möglich.

Ohne Sicherheiten geht es nicht

In welchen Bereichen haben die Unternehmen Verschärfungen festgestellt? Die Creditreform Wirtschaftsforschung befragte im März dieses Jahres mehr als 4.000 mittelständische Unternehmen. Das Resultat: Ganz oben auf dieser Liste steht der Wunsch der Kreditgeber nach mehr Sicherheiten. So geben 84,4 Prozent der befragten Unternehmen an, dass die

Bank eine höhere Absicherung verlangt. 35,3 Prozent der Unternehmen mussten höhere Zinsen zahlen.

Neben höheren Sicherheiten und Zinsaufschlägen waren auch Kreditablehnungen an der Tagesordnung. So hat jeder Sechste (16,7 Prozent), der Verschärfungen bei der Fremdfinanzierung angibt, keinen Kredit erhalten. Diese Fremdfinanzierungsklemme erwies sich in Zeiten äußerst schwacher Ertragslage für viele Unternehmen als zusätzlicher Stolperstein. Immerhin ist der Zugang zum Bankkredit die wichtigste externe Geldquelle des deutschen Mittelstandes. Wo diese versiegte, nahm auch das Firmensterben zu.

Mahnende Worte gibt es von der KfW Bankengruppe, die kürzlich in Kooperation mit großen Wirtschaftsverbänden in Deutschland eine Untersuchung der aktuellen Finanzierungsbedingungen vorstellte. Fazit darin: Die Unternehmen sind bei ihrer Finanzierung weiterhin vor erhebliche Herausforderungen gestellt. Eine wesentliche Ursache dafür liegt bei den Kreditinstituten selbst, deren Kreditvergabepotential aufgrund ihrer schwachen Eigenkapitalbasis noch eingeschränkt ist. Letztlich muss erst eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung in Verbindung mit einer deutlichen Reduktion der Insolvenzrisiken erfolgen, um die Finanzierungslage wieder zu entspannen. Verschärfen könnte sich die Lage aber erneut dort, wo die in guten Jahren aufgenommenen Kredite – beispielsweise für Firmenübernahmen – zurückgezahlt und Mezzanine-Kapital refinanziert werden müssen.

Mit der Ausweitung der Investitionstätigkeit im beginnenden Aufschwung steigt bei den Unternehmen auch wieder der Bedarf an externer Finanzierung. Eine Studie der Creditreform Wirtschaftsforschung weist in dieser Hinsicht auf eine positive Entwicklung hin: Danach werden Kredite zur Investitionsfinanzierung derzeit eher bewilligt als Darlehen für andere Zwecke. So wurden immerhin 89 Prozent der Investitionskreditanfragen positiv beschieden. Schwer tun sich Banken dagegen mit der Vergabe von Betriebsmittelkrediten sowie Darlehen zur Umschuldung und zum Wareneinkauf, wo mehr Ablehnungen verzeichnet werden. Be-

Kreditklemme: Jeder Sechste erlebt Ablehnung

Was kommt noch?

Hoffnung bei Investitionsfinanzierung

züglich der Laufzeit des angefragten Kredits gibt es hingegen wenige Unterschiede in den Bewilligungsquoten. Tendenziell werden kurzfristige Darlehen aber eher abschlägig beschieden als Anträge auf mittel- und langfristige Kredite.

1.5 Insolvenzen in den Wirtschaftsbereichen

Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich auf Erholungskurs. Zum Jahresauftakt wurde ein leichter Zuwachs der Wirtschaftsleistung verzeichnet – trotz des langen und frostigen Winterwetters. Und im zweiten Quartal rechnen die meisten Konjunkturoperaten sogar mit einem deutlichen Wachstumsplus.

Gewinner und Verlierer des Aufschwungs

**Tab. 12: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen
im 1. Halbjahr 2010 *)**

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenz- aufkommen	%-Verän- derung gegenüber dem Vorjahr
Verarb. Gew.			
West	1.250 (1.290)	8,9 (9,9)	- 3,1
Ost	250 (240)	7,6 (7,5)	+ 4,2
Deutschland	1.500 (1.530)	8,6 (9,4)	- 2,0
Bau			
West	1.940 (1.990)	13,8 (15,3)	- 2,5
Ost	620 (700)	19,0 (21,7)	- 11,4
Deutschland	2.560 (2.690)	14,7 (16,6)	- 4,8
Handel			
West	3.110 (2.920)	22,1 (22,5)	+ 6,5
Ost	630 (620)	19,3 (19,3)	+ 1,6
Deutschland	3.740 (3.540)	21,5 (21,8)	+ 5,6
Dienstleist.			
West	7.790 (6.790)	55,3 (52,3)	+ 14,7
Ost	1.770 (1.660)	54,1 (51,6)	+ 6,6
Deutschland	9.560 (8.450)	55,1 (52,1)	+ 13,1
Gesamt			
West	14.090 (12.990)	100,1 (100,0)	+ 8,5
Ost	3.270 (3.220)	100,0 (100,1)	+ 1,6
Deutschland	17.360 (16.210)	99,9 (99,9)	+ 7,1

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahresangaben

Die konjunkturelle Stabilisierung findet sich in den aktuellen Insolvenzzahlen aber erst teilweise wieder. So gibt es in vielen Teilbereichen des Verarbeitenden Gewerbes und des Bausektors zwar schon einen leichten Rückgang des Insolvenzgeschehens, Zuwächse

werden aber noch im Handel und im Dienstleistungssektor verzeichnet.

Die erste Insolvenzwelle zu Beginn letzten Jahres traf damals den Industriesektor mit voller Wucht – insbesondere den Maschinenbau und die Automobilzulieferbranche. Mit der anhaltenden Wachstumsschwäche im Verlauf der Rezession sind nun in einer zweiten, nachgelagerten Welle Dienstleister und Händler stärker in Mitleidenschaft gezogen. Die Konjunkturimpulse, die den Binnenmarkt im vergangenen Jahr stabilisierten, laufen zunehmend aus. Das dürfte sich Ende 2010 und 2011 auch am Bau bemerkbar machen, der zusätzlich von einem weitgehenden Stillstand während der Wintermonate betroffen war. So mussten bereits Unternehmen aufgeben, die keine ausreichenden finanziellen Rücklagen hatten, um die Durststrecke zu überstehen.

In Zahlen stellt sich die Entwicklung des Insolvenzgeschehens in den Hauptwirtschaftsbereichen folgendermaßen dar: Das Verarbeitende Gewerbe verzeichnet mit noch 1.500 Insolvenzfällen im ersten Halbjahr (Vorjahr: 1.530) einen leichten Rückgang um zwei Prozent. Auch am Bau sind die Insolvenzzahlen rückläufig. Rutschten in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres deutschlandweit noch 2.690 Bauunternehmen in die Insolvenz, so sind im laufenden Jahr 2.560 betroffen – ein Minus von 4,8 Prozent.

Zweistellig fallen die Zuwächse bei den Insolvenzen im Dienstleistungssektor aus. Mit 9.560 Fällen wurden 13,1 Prozent mehr Pleiten registriert als im vergangenen Jahr (8.450). Dabei verlief die Dynamik im Insolvenzgeschehen im westdeutschen Dienstleistungssektor (plus 14,7 Prozent) noch etwas stärker als im Osten der Bundesrepublik (plus 6,6 Prozent). Der Handel ist ebenfalls von steigenden Insolvenzzahlen gekennzeichnet. Ein Zuwachs von bundesweit 5,6 Prozent bedeuten insgesamt 3.740 pleitegegangene Handelsunternehmen (Vorjahr: 3.540).

Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes sind die Branchen „Erzeugung und Bearbeitung von Edelmetal-

2. Welle erwischt Handel und Dienstleistungen

Entspannung im Verarbeitenden Gewerbe

len“ und „Herstellung von Baumaterial aus Kunststoff“ überdurchschnittlich stark ausfallgefährdet. Auf 1.000 Betriebe kommen 62 beziehungsweise 50 Firmen, die ein Negativmerkmal aufweisen. Zum Vergleich: Im gesamten Sektor Verarbeitendes Gewerbe sind lediglich acht von 1.000 Unternehmen gefährdet.

Tab. 13: Risikobehaftete Branchen in Deutschland

■	Insolvenzen je 1.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	8
<u>hierunter:</u>	
Erzeugung und erste Bearbeitung von Edelmetallen	62
Herstellung von Baubedarfsartikeln aus Kunststoffen	50
Veredelung von Textilien und Bekleidung	43
Baugewerbe	15
<u>hierunter:</u>	
Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	48
Errichtung von Fertigbauteilen	46
sonstiger Ausbau a. n. g.	45
Handel	11
<u>hierunter:</u>	
Einzelhandel mit sonstigen Gütern an Verkaufsständen und auf Märkten	57
Großhandel mit Altmaterialien und Reststoffen	52
Einzelhandel mit Zeitschriften und Zeitungen	51
Dienstleistungen	11
<u>hierunter:</u>	
Call Center	63
Detekteien	63
sonstige getränkegeprägte Gastronomie	63
Gesamt	11
<u>hierunter:</u>	
Westdeutschland	11
Ostdeutschland	11

Quelle: Credireform Datenbank und Umsatzsteuerstatistik

Innerhalb des Handelssektors sind die insolvenzgefährdeten Bereiche vor allem im Einzelhandel zu fin-

den. Während der Handel insgesamt auf eine Risikoquote von 11 je 1.000 Unternehmen kommt, beträgt der Anteil der Unternehmen mit Negativmerkmalen im „Verkauf auf Marktständen“ bereits 57 je 1.000. Überdurchschnittlich gefährdet ist auch der Einzelhandel mit Zeitschriften und Zeitungen (51 je 1.000).

Tab. 14: Stabile Branchen in Deutschland

■	Insolvenzen je 1.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	
Anbau von Getreide	2
Herstellung von elektronischen Mess- und Kontrollinstrumenten	5
Haltung von Schweinen	5
Baugewerbe	
Bau-Erschließung	15
Elektroinstallation	17
Gas, Wasser, Heizung, Klima, Lüftung.	20
Handel	
Apotheken	4
Großhandel mit Mineralölerzeugnissen	6
Tankstellen	7
Dienstleistungen	
genoss. Kreditinstitute	0
Tierarztpraxen	2
Inkassobüros	4

Quelle: Creditreform Datenbank

Innerhalb des Dienstleistungsgewerbes gibt es die wenigsten Insolvenzrisiken bei Kreditinstituten des genossenschaftlichen Sektors, die keine Ausfälle verzeichnen, gefolgt von Tierarztpraxen mit lediglich zwei Insolvenzen auf 1.000. Im Produzierenden Gewerbe sind die stabilen Branchen „Anbau von Getreide“ mit zwei Ausfällen je 1.000 Unternehmen sowie „Herstellung von Messinstrumenten“. Im Handel und im Bau-sektor sind die Insolvenzgefahren tendenziell höher. Aber auch in diesen Wirtschaftsbereichen gibt es stabile Branchen, wie Apotheken und Tankstellen bzw. Bau-Erschließung und Elektroinstallation.

1.6 Insolvenzen nach Rechtsform

Viele GmbH-Pleiten

Wie im Vorjahr sind es vor allem Gewerbebetriebe und Kapitalgesellschaften mit beschränkter Haftung, die das Insolvenzgeschehen in Deutschland dominieren. 47,4 Prozent aller Insolvenzfälle in den ersten sechs Monaten firmierten als Gewerbebetrieb (Vorjahr: 46,5 Prozent), weitere 37,9 Prozent (Vorjahr: 38,5 Prozent) waren als GmbH eingetragen. Der steigende Anteil der tendenziell kleinen Gewerbebetriebe am diesjährigen Insolvenzgeschehen verdeutlicht den Trend, wonach 2010 vor allem Firmen geringer Größe als Wackelkandidaten gelten dürften.

Tab. 15: Insolvenzen nach Rechtsformen im 1. Halbjahr 2010

■	West	Ost	Deutschland	Insolvenzquote
freie Berufe	3,3 (3,2)	2,8 (3,3)	3,2 (3,2)	2 (2)
Kleingewerbetreibende	46,3 (46,2)	51,4 (47,5)	47,4 (46,5)	10 (9)
BGB-Gesellschaft	0,9 (1,1)	1,0 (0,8)	1,0 (1,0)	2 (2)
Einzelfirma	4,3 (4,0)	1,7 (1,9)	3,7 (3,5)	10 (9)
OHG	0,3 (0,3)	0,3 (0,2)	0,3 (0,3)	5 (4)
KG	0,7 (0,6)	0,3 (0,3)	0,6 (0,5)	9 (7)
GmbH & Co. KG	4,8 (4,9)	3,5 (5,3)	4,5 (5,0)	10 (10)
GmbH	38,0 (38,4)	37,3 (39,0)	37,9 (38,5)	16 (15)
AG	0,9 (0,8)	0,8 (0,6)	0,8 (0,7)	19 (15)
eG	0,0 (0,1)	0,2 (0,2)	0,1 (0,1)	3 (3)
e.V.	0,5 (0,5)	0,8 (1,0)	0,6 (0,5)	2 (2)

Anteile in Prozent; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank

Anfällig für eine Insolvenz zeigen sich die Rechtsformen GmbH und AG. Auf 1.000 Unternehmen kommen 19 Firmen (AG) bzw. 16 Unternehmen (GmbH), die einen Insolvenzantrag stellen müssen. Ebenfalls hoch ist die Insolvenzquote im Kleingewerbe sowie bei der GmbH & Co. KG mit jeweils zehn Insolvenzen je 1.000 Unternehmen. Kaum ausfallgefährdet sind dagegen eingetragene Vereine, Freie Berufe sowie Unternehmen, die als Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) firmieren.

1.7 Insolvenzen nach Unternehmensgröße und Alter

Nachdem im vergangenen Jahr große und spektakuläre Insolvenzfälle wie der von Arcandor die Wirtschaftsseiten der Tageszeitungen bestimmten, konzentriert sich das diesjährige Insolvenzgeschehen stärker auf den Mittelstand. Vor allem die kleinen Unternehmensgrößenklassen weisen Zuwächse auf und sind demnach für den insgesamt weiter steigenden Trend bei den Unternehmenspleiten verantwortlich.

So steigt der Anteil der Kleinstbetriebe mit weniger als 500.000 Euro Jahresumsatz binnen eines Jahres von 61,5 Prozent auf nahezu zwei Drittel (63,7 Prozent). Damit setzten 11.050 (Vorjahr: 9.960) der insolventen Unternehmen des ersten Halbjahres 2010 weniger als eine halbe Million Euro im Jahr um. Aufgrund des Wirtschaftskreislaufs mit seinen vertikalen Liefer- und Dienstleisterbeziehungen zwischen Groß- und Kleinunternehmen wirkte sich die tiefe Rezession erst verspätet auf den Sektor des Kleingewerbes aus.

Fast zwei Drittel sind Kleinstbetriebe

Tab. 16: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen im 1. Halbjahr 2010 *) in Deutschland (in Mio. Euro)

■	absolut	%-Anteil	%-Veränderung zum Vorjahr
bis 0,1	4.180 (3.810)	24,1 (23,5)	+ 9,7
> 0,1 – 0,25	3.800 (3.430)	21,9 (21,2)	+ 10,8
> 0,25 – 0,5	3.070 (2.720)	17,7 (16,8)	+ 12,9
> 0,5 – 5,0	5.520 (5.180)	31,8 (32,0)	+ 6,6
> 5,0 – 25,0	660 (890)	3,8 (5,5)	- 25,8
> 25,0 – 50,0	90 (80)	0,5 (0,5)	+ 12,5
> 50,0	40 (100)	0,2 (0,6)	- 60,0
Gesamt	17.360 (16.210)	100,0 (100,1)	+ 7,1

*) Umsätze teilweise geschätzt; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank

Bedeutung und Zahl der Großinsolvenzen ist dagegen deutlich zurückgegangen. Noch im Vorjahr wiesen rund 100 insolvente Firmen einen Jahresumsatz von mehr als 50 Millionen Euro auf. Im laufenden Jahr lassen sich nur 40 Unternehmen in dieser Größengruppe klassifizieren. Diese Entwicklung verdeutlicht die zu-

Wenige Große betroffen

nehmende Stabilisierung auf den Weltmärkten und die wieder anziehende Exporttätigkeit, von der die deutschen Unternehmen besonders profitieren. Das hat auch das Insolvenzgeschehen in diesem Bereich beruhigt.

Auffällig jedoch, dass 2010 auch mittlere Unternehmen der Größenordnung zwischen 0,5 und fünf Millionen Euro Jahresumsatz eine steigende Insolvenzbetroffenheit aufweisen. Zwar ist der Anteil diese Gruppe mit 31,8 Prozent aller registrierten Verfahren gegenüber dem Vorjahr (32,0 Prozent) nahezu stabil geblieben, allerdings ist die absolute Zahl mit 5.520 Fällen (Vorjahr: 5.180) um 6,6 Prozent gestiegen. Verantwortlich hierfür dürften ebenfalls die Zweitrundeneffekte der Rezession sein, die den Mittelstand in seiner gesamten Breite eingeholt haben.

Zunehmende Bedeutung der Kleinen

Parallel zum Anstieg der Insolvenzzahlen bei den kleineren Umsatzgrößen nahm auch die Zahl der Konkurse von Unternehmen zu, die höchstens fünf Personen beschäftigen. 78,8 Prozent aller Fälle in Deutschland entfallen auf diese Gruppe, nachdem es im Vorjahr mit 76,8 Prozent noch zwei Prozentpunkte weniger waren. Eine steigende Bedeutung am Insolvenzgeschehen hat sonst nur noch die Gruppe der Unternehmen mit elf bis 20 Beschäftigten.

Tab. 17: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen in Prozent im 1. Halbjahr 2010

■	West	Ost	Deutschland
1 – 5 Personen	78,6 (76,7)	79,3 (77,3)	78,8 (76,8)
6 – 10 Personen	9,7 (10,1)	9,7 (11,1)	9,7 (10,3)
11 – 20 Personen	5,9 (5,7)	6,1 (5,8)	5,9 (5,7)
21 – 50 Personen	4,1 (4,8)	3,5 (4,2)	3,9 (4,7)
51 – 100 Personen	1,0 (1,5)	1,1 (0,9)	1,1 (1,4)
> 100 Personen	0,7 (1,2)	0,4 (0,7)	0,6 (1,1)

Anteile in Prozent; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank

Dagegen haben Großunternehmen in diesem Jahr ein deutlich geringeres Gewicht. Gerade 0,6 Prozent der Fälle entfallen auf Unternehmen, in denen zum Zeit-

punkt der Insolvenzmeldung mehr als 100 Personen tätig waren (Kapitel 1.8 gibt einen Überblick der bedeutendsten Fälle). Die kleinteiligere Wirtschaftsstruktur im Osten Deutschlands spiegelt sich auch in der Insolvenzstatistik dieser Region wider: Zwischen Rügen und Erzgebirge machen Kleinunternehmen das Gros der Insolvenzfälle aus. Acht von zehn Unternehmenspleiten (79,3 Prozent; Vorjahr: 77,3 Prozent) lassen sich als Kleinstfirmen klassifizieren. Große Firmeninsolvenzen sind äußerst selten (0,4 Prozent).

Gut jedes dritte der zahlungsunfähigen und überschuldeten Unternehmen (34,3 Prozent) war zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs schon mehr als zehn Jahre am Markt aktiv. Dieser Anteil ist gegenüber dem Vorjahreszeitraum (35,4 Prozent) leicht zurückgegangen. Allerdings verzeichnet auch die Gruppe der etablierten Firmen – wie alle Altersklassen – einen steigenden Trend. Nach 5.740 Fällen in den ersten sechs Monaten des Vorjahres wurden in diesem Segment nun fast 6.000 Fälle registriert – ein Plus von 3,8 Prozent. Geringer fiel der Zuwachs lediglich bei den Neugründungen (bis zu zwei Jahre alt) aus (plus 1,8 Prozent), die etwa ein Sechstel des gesamten Insolvenzgeschehens in Deutschland ausmachen.

Neugründungen und Etablierte am stabilsten

Tab. 18: Insolvenzen nach Unternehmensalter im 1. Halbjahr 2010

■	absolut	%-Anteil	%-Veränderung zum Vorjahr
0 bis 2 Jahre	2.900 (2.850)	16,7 (17,6)	+ 1,8
3 bis 4 Jahre	3.020 (2.760)	17,4 (17,0)	+ 9,4
5 bis 6 Jahre	2.340 (2.040)	13,5 (12,6)	+ 14,7
7 bis 8 Jahre	1.700 (1.490)	9,8 (9,2)	+ 14,1
9 bis 10 Jahre	1.440 (1.330)	8,3 (8,2)	+ 8,3
über 10 Jahre	5.960 (5.740)	34,3 (35,4)	+ 3,8

() = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank

Deutlich überdurchschnittlich fiel der Anstieg in der Altersklasse der drei bis vierjährigen Unternehmen aus. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum (2.760 Fälle) erhöhte sich die Zahl der von Insolvenz betroffenen Firmen um knapp zehn Prozent auf 3.020. Mit zwei-

stelligen Zuwachsraten von 14,7 bzw. 14,1 Prozent haben die Altersklassen fünf bis sechs Jahre und sieben bis acht Jahre zu kämpfen, die damit einen wesentlichen Anteil an der diesjährigen Steigerungsrate bei Unternehmensinsolvenzen von 7,1 Prozent haben.

Wachstumsphase abgewürgt

Diese Entwicklung zeigt, dass die Nachwehen der Wirtschaftskrise den sehr jungen sowie den langjährig etablierten Firmen weniger starke Schmerzen bereiten. Zwar nahmen auch in diesen Segmenten die Insolvenzzahlen gegenüber dem Vorjahr noch einmal zu – allerdings nur leicht. Erheblich stärker betroffen sind im Jahr 1 nach der Rezession Unternehmen in der Wachstumsphase, die sich deutlich instabiler als im Vorjahr erweisen und wohl stärker unter Finanzierungsproblemen zu leiden hatten.

1.8 Große Firmeninsolvenzen

Tab. 19: Große Unternehmensinsolvenzen in Deutschland im 1. Halbjahr 2010

■	Unternehmen	Geschäftszweck	Mitarbeiter
	Hansa Gruppe	Betreiber Pflegeheim	1.600
	M&c Geiz	Discounter	1.600
	Pampus Automotive	Automobilzulieferer	720
	Rohwedder AG	Maschinen- und Anlagenbau	700
	Vereinigte Verlagsanstalten GmbH (VVA)	Verlag	700
	Wiederholt GmbH	Automobilzulieferer	670
	Böwe Systec AG	Maschinen- und Anlagenbau	600
	Primacom	Telekommunikation	470
	Dohmen Solutions Gruppe	Dienstleister/ Logistik	400
	Kago-Kamine-Kachelöfen GmbH & Co KG / Deutsche Wärmesysteme KG	Baugewerbe	400

Quelle: Creditreform Datenbank

Auch in diesem Jahr traf die Insolvenzwelle einige Großunternehmen. Und nach wie vor sind häufig Unternehmen aus den krisengeschüttelten Branchen Maschinenbau und Kfz von einem wirtschaftlichen Zusammenbruch betroffen. Von den zehn größten Fir-

meninsolvenzen stammten allein vier aus den Branchen Automobilzulieferer und Maschinenbau. Allerdings hat sich im Vergleich zum vergangenen Jahr die Zahl der gefährdeten Arbeitsplätze deutlich verringert. Waren im ersten Halbjahr 2009 noch rund 76.000 Mitarbeiter von großen Firmen von der Insolvenz des Arbeitgebers betroffen – hauptsächlich verursacht durch die Großpleite des Handels und Touristikkonzerns Arcandor, so sind es in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres nur knapp 8.000 Mitarbeiter.

Dieses Mal kein „Arcandor“

Die **Hansa-Gruppe**, die im Nordwesten Deutschlands 20 Pflegeheime betreibt, musste Ende März Insolvenz anmelden. Als Grund wurden „kurzfristig aufgetretene Liquiditätsprobleme“ genannt. Eine Bank sei aus der Finanzierung ausgestiegen und nun soll das Insolvenzverfahren helfen, das Unternehmen neu zu strukturieren. Von einem kompletten Geschäfts-Aus wären 1.600 Mitarbeiter betroffen. Doch die Chancen auf einen Neuanfang stehen gut: Anfang Juni hat sich die Hansa-Gruppe mit Banken und Vermietern mehrheitlich auf ein Eigensanierungskonzept geeinigt, das den Erwerb des gesamten Bestandes an Immobilien durch den neuen Partner sowie veränderte Nutzungsverträge vorsieht.

Der Hallenser Haushalts-Discounter **"Mäc Geiz"** musste Mitte Mai einen Insolvenzantrag stellen. Als vorläufigen Insolvenzverwalter berief das zuständige Amtsgericht Rainer Eckert. Dieser kündigte an, den Geschäftsbetrieb an den bundesweit rund 260 Standorten des Unternehmens vorläufig fortzuführen. Die Löhne und Gehälter der rund 1.600 Mitarbeiter seien über das Insolvenzgeld für drei Monate gesichert. Als Grund für die Insolvenz wurden Finanzierungsprobleme genannt. „Doch gerade diese lassen sich im Zuge eines Insolvenzverfahrens oft lösen“, sagte Eckert.

Mitte Mai stellte die Geschäftsführung des Autositzherstellers **„Pampus Automotive“** Insolvenzantrag wegen drohender Zahlungsunfähigkeit. Neben der anhaltenden Krise auf dem Automobilmarkt hat das Unternehmen insbesondere die Insolvenz des Automobilherstellers Saab getroffen, für den es Sitze her-

gestellt hat. Laut Unternehmensführung soll der Geschäftsbetrieb in Zusammenarbeit mit dem Insolvenzverwalter möglichst aufrecht erhalten werden. Im Rahmen eines Insolvenzplanverfahrens soll die Sanierung des Unternehmens fortgesetzt werden.

Ende März meldet der Automatisierungsspezialist **Rohwedder** beim Landgericht Konstanz Insolvenz wegen drohender Zahlungsunfähigkeit an. Es sei nicht gelungen, die notwendige Finanzierung bis zu einer erwarteten Belebung des Geschäfts sicherzustellen, hatte die Rohwedder AG in diesem Zusammenhang mitgeteilt. Die Tochterunternehmen seien von der Insolvenz nicht betroffen. Die Zahlung der Gehälter ist vorerst für drei Monate gesichert. Anfang Juni wurde das Insolvenzverfahren eröffnet. Die Chancen für eine Sanierung stehen gut: Dem Insolvenzverwalter liegen bereits mehrere Angebote für die Übernahme der Gesamtaktivitäten der Rohwedder AG vor.

Die Düsseldorfer **VVA Mediengruppe** musste Mitte Mai beim zuständigen Amtsgericht Insolvenz anmelden. Das Unternehmen publiziert Magazine und Bücher und hat eine komplexe Beteiligungsstruktur: Das bleibt nicht ohne Folgen: Neben der Dachgesellschaft mussten auch weitere Tochterunternehmen Insolvenz anmelden. Insgesamt sind von der Insolvenz rund 700 Beschäftigte betroffen. Der Geschäftsbetrieb wird vorerst fortgeführt.

Neben Pampus Automotive musste Ende März mit der **Wiederholt GmbH** ein weiteres Unternehmen aus der Kfz-Branche Insolvenz anmelden. Das Unternehmen stellt Präzisionsstahlrohre und Bauteile für Kraftfahrzeuge her. Grund für die Zahlungsunfähigkeit ist das Ausbleiben bereits zugesagter Zahlungen der US-Mutter PTC Alliance, die selbst im Insolvenz-Strudel steckt und seit sechs Monaten unter Gläubigerschutz steht. Der Insolvenzverwalter (Frank Kebekus) und die Geschäftsführung wollen den Fortbestand des Unternehmens sichern. Erste potenzielle Investoren signalisierten bereits Interesse an der Übernahme des Unternehmens.

Der Kuvertiermaschinenhersteller **Böwe Systec** reichte im Mai dieses Jahres beim zuständigen Amtsgericht in München einen Insolvenzantrag ein. Als Begründung gab das Unternehmen „drohende Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung“ an. Insgesamt ist das Unternehmen mit einer Nettoneuverschuldung von 242 Millionen Euro belastet. Zuletzt litt der Konzern unter der Zurückhaltung der Kunden aus dem Finanzsektor. Nach dem Scheitern von Verhandlungen mit einem Finanzinvestor haben die Banken keine Zusage für eine Finanzierung über 2011 hinaus gegeben. Die Pleite trifft die beteiligten Banken in zweifacher Hinsicht: Zum einen hat die Deutsche Bank eine Mehrheitsbeteiligung am Unternehmen und zum anderen haben die von der Böwe-Pleite betroffenen Finanzinstitute Kredite im Wert von 97 Millionen Euro in den Büchern stehen. Das Unternehmen will den operativen Geschäftsbetrieb aber weiterhin fortsetzen. Betroffen sind 600 Mitarbeiter.

Primacom AG, ein Kabelnetzbetreiber, musste im Juni Insolvenz anmelden. Das Unternehmen belastet ein Schuldenberg in Höhe von 340 Millionen Euro. Die Kreditgeber hätten einen Kompromissvorschlag der Hauptgesellschafter zum Erhalt der Primacom AG zurückgewiesen. Das operative Geschäft sei jedoch nicht betroffen, so das Unternehmen. Um den Erhalt ihres Arbeitsplatzes bangen 473 Mitarbeiter. Zu den Gläubigern von Primacom gehören mehrere Investmentgesellschaften. Als denkbar gilt, dass die Kreditgeber selbst ein Angebot abgeben oder dass sie sich vorher mit den Anteilseignern einigen und deren Anteile übernehmen.

Der Garchingener Dienstleister für Bestellmanagement und Zahlungsabwicklung **Dohmen Solutions** hat im März einen Insolvenzantrag gestellt. Betroffen sind die Dohmen Solutions GmbH und Co KG, die Dohmen Solutions Reverse Logistic GmbH, die Dohmen Solutions Grundstücksverwaltungsgesellschaft, die Dohmen Solutions Fashion GmbH, und die Dohmen Solutions e-Fulfillment GmbH. Insgesamt beschäftigt das Unternehmen rund 400 Mitarbeiter. Mitte April hat die Docdata Germany GmbH den Logistikdienstleisters im

Rahmen einer übertragenden Sanierung übernommen. 200 Arbeitsplätze sind gerettet.

Deutschlands „Kamin-König“ ist pleite – so titelte die „Welt“ im Februar dieses Jahres. Ein Insolvenzantrag wurde für das Unternehmen **Kago-Kamine-Kachelöfen** GmbH & Co. / Deutsche Wärmesysteme KG gestellt, dass rund 400 Mitarbeiter beschäftigt. Ursache für die Insolvenz seien die drastischen Auftragsrückgänge, so der Firmenchef. Allein 2009 habe das Minus bei rund 20 Prozent gelegen. Zum vorläufigen Insolvenzverwalter bestimmte das Gericht Volker Böhm von der Kanzlei Schultze & Braun. Der will nun prüfen, ob die Fortführung des oberpfälzischen Unternehmens möglich ist.

Ebenfalls pleite sind die einst erfolgreichste deutsche Werbeagentur **Springer & Jacoby** sowie der bekannte Wohnmobilhersteller **Westfalia**. Für Springer & Jacoby begann der langsame Abstieg im Sommer 2006 als der wichtigste Auftraggeber (Mercedes-Benz) zum Konkurrenten Jung von Matt wechselte. Zuvor hat bereits die Deutsche Telekom die Zusammenarbeit gekündigt. Da alle Sanierungsmaßnahmen scheiterten, wird der Geschäftsbetrieb eingestellt. Westfalia wurde durch den Markteinbruch in die Knie gezwungen. Der Absatz ging 2009 um rund 40 Prozent zurück. Der bestellte Insolvenzverwalter sieht aber gute Chancen für eine Fortführung des Unternehmens. Bei der Traditionsfirma waren zuletzt noch 170 Mitarbeiter beschäftigt.

1.9 Wirtschaftspolitisches Umfeld

Die Vielzahl an Großinsolvenzen im vergangenen Jahr hat die Möglichkeit einer Sanierung über einen Insolvenzplan wieder stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt. Traditionell haben große und mittlere Unternehmen eher die Chance, durch eine erfolgreiche Sanierung die Unternehmenskrise zu beenden. Im Gegensatz dazu sind viele Kleinstinsolvenzen durch Mangelhaftigkeit bzw. schlechten Fortführungschancen gekennzeichnet, die eine Sanierung wenig erfolgversprechend machen. Zwar hat sich das Sanierungsinstru-

Sanierungschance stärken

ment Insolvenzplan in den letzten Jahren insgesamt fester etabliert, allerdings bleibt die Häufigkeit der Nutzung noch immer unter den Möglichkeiten zurück.

Mit dem Insolvenzplanverfahren gibt es aber für eine Sanierung des in Schieflage geratenen Unternehmens im deutschen Insolvenzrecht einen geeigneten Rahmen, der den Beteiligten prinzipiell eine gute Perspektive bietet. Die Chance einer Sanierung im Insolvenzverfahren eröffnet dem betroffenen Unternehmen weitreichende Möglichkeiten, beispielsweise bei der Kündigung von Mietverträgen, und schafft wieder mehr finanziellen Spielraum. Neueste Untersuchungen des Instituts für Mittelstandsforschung in Bonn (IfM) zeigen zudem, dass die Gläubiger von im Schnitt deutlich höheren Befriedigungsquoten und einer kürzeren Verfahrensdauer profitieren. Die Zustimmung zum Planverfahren kann sich also lohnen. Für die Beschäftigten zeichnet sich in vielen Fällen die Rettung eines Großteils der Arbeitsplätze ab. Soviel ist aber klar: Ohne Einschnitte und Verzicht geht es für beide Gruppen nicht.

Die Praxis zeigt aber auch, dass die Sanierungschancen mit einem späten Insolvenzantrag schwinden. Eine wirkliche Perspektive, das Planverfahren erfolgreich zu durchlaufen, hat das betroffene Unternehmen dann kaum noch. Die Eigner fürchten, mit einem frühzeitigen Insolvenzantrag das Heft des Handels aus der Hand zu geben und damit die Kontrolle über „ihr“ Unternehmen zu verlieren. Zudem erscheint das Verfahren für die in Schwierigkeiten geratenen Firmen oftmals als zu kompliziert und ein Insolvenzverwalter beschränkt sich häufig auf die Liquidation der vorhandenen Vermögenswerte – um für die Gläubiger zu retten, was noch zu retten ist.

An dieser Stelle hat der Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle kürzlich den Ball an die Wirtschaft zurückgespielt. So sollen Gläubigern mehr Anreize für ihre Sanierungsbeiträge gesetzt werden – beispielsweise durch einen Schutz vor späterer Insolvenzanfechtung. Fakt ist, dass die Politik Willens ist, eine deutliche Stärkung der Sanierungsbemühungen im

Auch Gläubiger profitieren

Wo hakt's noch?

Insolvenzverfahren herbeizuführen. Die Ergebnisse der so angestoßenen Diskussion müssen zunächst abgewartet werden.

■ 2 Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen

2.1 Gründungsbilanz

Plus der Anmeldungen

In der Breite hat sich das Gründungsgeschehen in Deutschland in den letzten sechs Monaten dynamisch entwickelt. Insgesamt wurden gut 450.000 Anmeldungen im Gewerbe- und Handelsregister vorgenommen – ein Plus von 6,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dabei entfällt aber ein gewichtiger Teil der Anmeldungen auf Gewerbeanzeigen, die etwa auch bei Neben-erwerbsgründungen sowie bei Rechtsformwechsel, Erbfolge oder Umzug eines bereits bestehenden Unternehmens vorgenommen werden.

Tab. 20: Gründungsbilanz im 1. Halbjahr 2010 *) für Deutschland

■	Anmel- dungen	Veränd. in %	Löschun- gen	Veränd. in %
Gewerberegister	403.000 (375.160)	+ 7,4	316.320 (327.000)	- 3,3
Handelsregister	47.100 (46.440)	+ 1,4	36.980 (33.700)	+ 9,7
Gesamt	450.100 (421.600)	+ 6,8	353.300 (360.700)	- 2,1
<i>davon wirt- schaftsaktive Unternehmen</i>	<i>87.600</i> <i>(89.400)</i>	<i>- 2,0</i>		
Saldo	+ 96.800 (+ 60.900)	+ 59,0		

*) Creditreform Schätzung; () = Vorjahresangaben

Aus diesem Grund weist Creditreform zusätzlich die Zahl der wirtschaftsaktiven Gründungen aus. Danach wurden von Januar bis Juni 87.600 Unternehmen gegründet, die wirtschaftliche Aktivität entfalten und aufgrund ihrer Rechtsform und Gründungsgröße eine größere wirtschaftliche Bedeutung vermuten lassen. Das sind 2,0 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum (89.400 Unternehmen).

Für den Anstieg der Gesamtzahl der Gründungen spricht auch der Erfolg der neuen haftungsbeschränkten Unternehmergesellschaft (UG). In Form dieser als „Mini-GmbH“ bezeichneten Rechtsform wurden nach Angaben der Creditreform Datenbank seit ihrer Einführung rund 20.000 Unternehmen eingetragen. Das IfM Bonn berichtet, dass im Jahr 2009 knapp jede zehnte Gründung einer Hauptniederlassung in Form der UG durchgeführt wurde. Attraktiv macht die neue Rechtsform vor allem die vergleichsweise geringen Gründungskosten. Zudem ermöglicht die Firmierung als Unternehmergesellschaft auch Existenzgründern mit begrenzten Mitteln den Schritt in die Selbstständigkeit und eine Haftungsbeschränkung.

UG ist ein Erfolg

Tab. 21: Neugründungen und Löschungen in Deutschland von 2000 bis 2010 (jeweils 1. Halbjahr)

■	Neugründungen	Löschungen
2000	409.700	351.600
2001	415.400	377.400
2002	384.000	329.000
2003	386.000	326.000
2004	468.100	334.000
2005	464.200	364.100
2006	462.800	357.000
2007	441.600	361.000
2008	426.000	366.100
2009	421.600	360.700
2010 *)	450.100	353.300

*) von Creditreform geschätzt

Die Gesamtzahl der Löschungen nahm leicht ab. 353.300 Gewerbe wurden im ersten Halbjahr 2010 aus den Registern gelöscht. Das entspricht einem Rückgang um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum (360.700 Löschungen). Die leichte Abnahme der Zahl der Löschungen ist teilweise Folge der in den letzten Jahren stark gesunkenen Gründungszahlen. Damit erfolgen jetzt absolut gesehen weniger Abmeldungen – auch wenn die Wirtschaftskrise viele Selbstständige zur Geschäftsaufgabe zwang. Gleichwohl ist der Bestand an Unternehmen und Gewerbetreibenden weiter gestiegen. Per Saldo kamen 96.800 Betriebe

Weniger Löschungen

hinzu. Das sind deutlich mehr als im vergangenen Jahr, als der Saldo bei plus 60.900 lag.

Erläuterungen:

Das Gründungsgeschehen wird anhand der Gewerbemeldungen und der Handelsregistereintragungen abgebildet. Dabei gilt als Gewerbe jede selbstständige Tätigkeit, die langfristig ausgelegt ist und der Gewinnerzielung dient. Das Gewerberegister erfasst im Gegensatz zum Handelsregister, das ein Unternehmensregister ist, natürliche und juristische Personen sowie Personengesellschaften. So werden Kleinunternehmen nicht im Handelsregister, wohl aber im Gewerberegister als Gewerbetreibende eingetragen, selbst wenn diese Person keine Handwerkskarte besitzt und keinen Arbeitnehmer beschäftigt. Maßgeblich ist hierbei lediglich die Gewerbeanzeige, die zudem für jeden geschäftsführenden Gesellschafter getrennt abgegeben werden muss. Im Fall einer Personengesellschaft kommt es somit zur Team-Gründer-Mehrfachzählung.

Als Anmeldung gilt der Beginn des Gewerbebetriebs, sei es selbstständiger Art oder als Zweigniederlassung. Ebenfalls gilt die Anzeigepflicht, wenn der Betrieb verlegt oder aufgegeben wird bzw., wenn der Gegenstand des Gewerbes wechselt. Die Anmeldung eines Gewerbes erfolgt bei Neugründung, Wiedereröffnung nach Sitzverlegung, Wechsel der Rechtsform, Gesellschaftereintritt oder Übernahme durch Kauf bzw. Erbfolge. Neben den Vollerwerbsgründungen werden im Gewerberegister auch Nebenerwerbsgründungen berücksichtigt. Nicht in der Gewerbestatistik vertreten sind Freie Berufe, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie Versicherungen.

Ein Gewerbe wird abgemeldet bei vollständiger Aufgabe des Betriebs, Sitzverlegung in einen anderen Meldebezirk, Rechtsformänderung, Gesellschafteraustritt oder Verkauf bzw. Erbfolge. Infolge einer Sitzverlegung (Zuzug oder Fortzug) dürfte der Saldo aus An- und Abmeldung in den beteiligten Meldebezirken Null ergeben. Das Gleiche gilt beim Wechsel der Rechtsform, dem Kauf bzw. Verkauf des Gewerbebetriebs.

Die Handelsregisterneueintragungen und -lösungen werden aus der Creditreform Wirtschaftsdatenbank gewonnen. Erfasst wird hierbei ein rechtlich selbstständiges Unternehmen, wobei ein solches einen oder mehrere Betriebsteile umfassen kann. Dabei kann es zunächst zu Mehrfacherfassungen oder verzögerten Erfassungen kommen. Der Handelsregistereintrag erfolgt zum einen für Personengesellschaften, Einzelunternehmen (Einzelkaufleute), Offene Handelsgesellschaften (OHG) sowie Kommanditgesellschaften; zum anderen für Kapitalgesellschaften (AG, GmbH). Nicht im Handelsregister eingetragen werden Freie Berufe sowie Betriebe der Land- und Forstwirtschaft.

2.2 Neueintragungen nach Bundesländern

Die höchste Gründungsintensität gibt es derzeit in den Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres kamen auf 10.000 bestehende Unternehmen 524, 452 bzw. 420 Neueintragungen ins Handelsregister. Über dem Bundesdurchschnitt von 296 Neueintragungen je 10.000 Unternehmen liegen zudem die Länder Nordrhein-Westfalen (327), Schleswig-Holstein (327), Hessen (318) und Niedersachsen (308). Schlusslicht ist Thüringen mit lediglich 198 neu handelsregisterlich eingetragenen Firmen je 10.000 Bestandsunternehmen. Insgesamt liegt die Gründungsquote in den östlichen Ländern unter dem bundesweiten Mittelwert. Am besten schneidet noch Sachsen-Anhalt ab, gefolgt von Brandenburg. Damit erneuert sich der Unternehmensbestand in diesen Regionen deutlich langsamer als in den Gebieten, die von einer hohen Gründungsintensität geprägt sind. Ursache dafür sind zum Teil die schlechteren wirtschaftlichen Perspektiven in diesen Regionen, die den Erfolg einer Unternehmensgründung erschweren. Zudem könnten bereits der demografische Wandel und der steigende Anteil älterer Personen für die niedrigere Gründungsneigung in den ostdeutschen Ländern verantwortlich sein.

Gründungsintensiver Norden

Ostdeutschland unter dem Durchschnitt

**Tab. 22: Handelsregisterneueintragungen je 10.000
HR-Unternehmen nach Bundesländern im 1. Hj. 2010**

■	Neueintragungen
Hamburg	524
Berlin	452
Bremen	420
Nordrhein-Westfalen	327
Schleswig-Holstein	327
Hessen	318
Niedersachsen	308
Bayern	292
Sachsen-Anhalt	263
Saarland	261
Brandenburg	254
Mecklenburg-Vorpommern	238
Baden-Württemberg	220
Sachsen	219
Rheinland-Pfalz	216
Thüringen	198
Deutschland	296

*) Creditreform Datenbank

**Die meisten Gründungen
in NRW**

In der absoluten Zahl der HR-Neueintragungen liegen die großen Flächenländer vorn. In Nordrhein-Westfalen wurden 10.920 neue Unternehmen registriert, in Bayern 8.390 und in Baden-Württemberg 4.840. Damit machen diese drei Länder gut die Hälfte (51,3 Prozent) aller neuen Handelsregisterfirmen in Deutschland aus. Am Schluss der Tabelle rangieren die Länder Bremen und Saarland, die während der ersten sechs Monate lediglich 480 bzw. 470 neue Unternehmen verzeichnen. Innerhalb der ostdeutschen Flächenländer liegt Sachsen mit 1.620 neuen Handelsregisterfirmen vor Brandenburg mit 1.130.

Im ersten Halbjahr 2010 wurden deutschlandweit knapp 37.000 Löschungen aus dem Handelsregister vorgenommen. Die schwere Wirtschaftskrise hat am Anstieg des Unternehmensbestandes in Deutschland demnach nichts geändert.

Tab. 23: Handelsregisterneueintragungen und -löschungen nach Bundesländern für das 1. Halbjahr 2010 *)

■	Neueintragungen	Löschungen	Saldo
Nordrhein-Westfalen	10.920	8.420	2.500
Bayern	8.390	5.430	2.960
Baden-Württemberg	4.840	4.640	200
Niedersachsen	4.170	2.990	1.180
Hessen	3.990	3.130	860
Berlin	3.000	1.910	1.090
Hamburg	2.300	1.490	810
Schleswig-Holstein	1.780	1.350	430
Rheinland-Pfalz	1.700	1.430	270
Sachsen	1.620	2.220	- 600
Brandenburg	1.130	730	400
Sachsen-Anhalt	900	620	280
Thüringen	760	1.060	- 300
Mecklenburg-Vorpommern	650	760	- 110
Bremen	480	360	120
Saarland	470	440	30
Deutschland	47.100	36.980	10.120

*) Creditreform Datenbank

Per Saldo kamen somit 10.120 Unternehmen zum Bestand an handelsregisterlich eingetragenen Firmen hinzu. Den größten Zuwachs gibt es in Bayern mit plus 2.960 Unternehmen gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit plus 2.500. Eine Abnahme ist für Sachsen (minus 600), für Thüringen (minus 300) sowie für Mecklenburg-Vorpommern (minus 110) zu verzeichnen. Dieses Resultat könnte allerdings mit unterschiedlichen Erhebungszeitpunkten und der Einbeziehung von bereits angekündigten, aber noch nicht vollzogenen Löschungen zusammenhängen.

Bestand im Handelsregister wächst

2.3 Neueintragungen in den Wirtschaftsbereichen

Der Wandel der deutschen Wirtschaft zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft ist nicht mehr aufzuhalten. Auch im ersten Halbjahr 2010 dominierte der Dienstleistungssektor das Gründungsgeschehen. Knapp jedes vierte neue Unternehmen (24,7 Prozent),

**Dienstleister dominieren
Gründungsgeschehen**

das im Verlauf der ersten sechs Monate neu ins Handelsregister aufgenommen wurde, ist im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen tätig. Weitere 11,3 Prozent der Neueintragungen entfallen auf den Bereich der personenbezogenen Dienste. In der Summe sind das knapp 17.000 neue Firmen oder 36,0 Prozent aller Neugründungen. Im Kapitel 2.3.2 werden die branchenspezifischen Gründungsbedingungen im ersten Halbjahr diskutiert, die die Unterschiede im Gründungsverhalten in den einzelnen Wirtschaftssektoren erklären.

Tab. 24: Handelsregister-Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2010 *)

■	absolut	%-Anteil
Bergbau. u. Gewinn. v. Steinen u. Erden	420	0,9
Verarbeitendes Gewerbe	3.390	7,2
Energie- u. Wasserversorgung	1.650	3,5
Baugewerbe	3.520	7,5
Kfz-Handel	1.040	2,2
Großhandel	4.050	8,6
Einzelhandel	3.530	7,5
Gastgewerbe	1.410	3,0
Verkehr u. Logistik	1.510	3,2
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	3.220	6,8
Grundstücks- u. Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen	3.580	7,6
Datenverarbeitung, Forschung und Entwicklung	2.870	6,1
unternehmensnahe Dienstleistungen (Beratung, Werbung, Gebäudereiniger etc.)	11.630	24,7
sonstige persönliche Dienstleistungen (Wäscherei, Frisöre, Bestattungswesen etc.)	5.280	11,2
Gesamt	47.100	100,0

*) Creditreform Datenbank.

Das Verarbeitende Gewerbe vereinigt 7,2 Prozent der neuen Handelsregisterfirmen, der Bausektor ist mit 7,5 Prozent der Neulinge ähnlich stark vertreten. Dieser Prozentsatz entspricht 3.390 neuen Unternehmen im

Verarbeitenden Sektor und 3.520 neuen Baubetrieben. Im Großhandel gab es in den ersten sechs Monaten mehr Unternehmensgründungen als im Einzelhandel. Während sich im Handelsregister gut 4.000 Unternehmen eintragen ließen, die ihren Tätigkeitsschwerpunkt im Großhandel haben, gab es nur 3.530 Neueintragungen von Einzelhändlern. Zusätzlich wurden 1.040 neue Kfz-Händler registriert. Auf die Zukunftsgebiete Informations- und Kommunikationstechnologien, Software sowie Forschung und Entwicklung entfallen 6,1 Prozent aller Neueintragungen – das sind 2.870 Firmen in diesem Bereich. Dagegen ist die Zahl der Neugründungen im Primärsektor Landwirtschaft und Bergbau mit weniger als einem Prozent des Gründungsgeschehens nahezu vernachlässigbar.

Mehr Groß- als Einzelhändler

2.3.1 Beschäftigungsbeitrag von Neugründungen

Empirische Studien zeigen, dass gerade junge Unternehmen schnell und dynamisch wachsen und überproportional viele Arbeitsplätze schaffen. Als Ergänzung der bloßen Gewerbeanzeigenstatistik lässt sich mittels der Eingrenzung auf wirtschaftsaktive Neugründungen der Beschäftigungsbeitrag dieser Unternehmen erfassen.

Anmerkung:

Zur Entscheidung, ob es sich bei einer Gründung – zumindest nach einiger Zeit – um ein wirtschaftsaktives Unternehmen handelt, wird hier darauf abgestellt, ob eine Wirtschaftsauskunft über die betroffene Gründung eingeholt worden ist – sei es von einem Kapitalgeber oder Lieferanten – oder, ob Arbeitsplätze geschaffen wurden. Wenigstens eines dieser Kriterien muss erfüllt sein.

Im ersten Halbjahr 2010 sind 87.600 neue Unternehmen entstanden, die von ihrer Rechtsform, Gründungsgröße und Wirtschaftsaktivität auf eine größere ökonomische Bedeutung schließen lassen. Das entspricht einem Rückgang um 1.800 Unternehmen oder zwei Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Dabei entfällt das Gros des Gründungsgeschehens bei den wirtschaftsaktiven Unternehmen auf den Dienst-

Minus bei wirtschaftsaktiven Gründungen

leistungssektor (66,2 Prozent bzw. 58.000 Unternehmen), gefolgt vom Handel (18,3 Prozent; 16.000 Unternehmen) und dem Verarbeitenden Gewerbe (8,1 Prozent; 7.100 Unternehmen).

Tab. 25: Wirtschaftsaktive Neugründungen in Deutschland im 1. Halbjahr 2010 *)

■	wirtschaftsaktive Neugründungen (absolut)
Verarbeitendes Gewerbe	7.100 (9.300)
Baugewerbe	6.500 (7.300)
Handel	16.000 (15.200)
Dienstleistungen	58.000 (57.600)
Gesamt	87.600 (89.400)

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahr
Quelle: Creditreform Datenbank

Gut 200.000 neue Jobs

Die durch wirtschaftsaktive Neugründungen entstehenden Beschäftigungseffekte lassen sich annähernd quantifizieren, indem man die Anzahl neuer Unternehmen mit der Zahl der durchschnittlich geschaffenen Arbeitsplätze multipliziert. Danach beläuft sich die Anzahl der in wirtschaftsaktiven Gründungen neu entstandenen Arbeitsplätze im ersten Halbjahr 2010 auf 211.000. Im Vergleich: Im Vorjahreszeitraum waren es noch 221.600 (minus 10.600 Stellen).

Tab. 26: Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze durch wirtschaftsaktive Betriebe im 1. Halbjahr 2010 *)

■	durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten bei Gründung	Zahl der Beschäftigten
Verarb. Gewerbe	5	35.500 (46.500)
Baugewerbe	3	19.500 (21.900)
Handel	2,5	40.000 (38.000)
Dienstleistungen	2	116.000 (115.200)
Gesamt		211.000 (221.600)

*) von Creditreform geschätzt; Angaben teilweise gerundet; () = Vorjahr
Quelle: Creditreform Datenbank

Die Zahl der pro Gründung neu geschaffenen Arbeitsplätze unterscheidet sich in den einzelnen Wirtschaftsbereichen deutlich. So entstehen in der Industrie pro Neugründung etwa fünf Beschäftigungsverhältnisse –

im Dienstleistungsbereich sind es lediglich zwei. Allerdings verzeichnet der Dienstleistungssektor die höchste absolute Zahl an neuen Arbeitsplätzen (116.000). Auf diesen Wirtschaftszweig entfällt mit einem Anteil von 55,0 Prozent gut die Hälfte der neu entstandenen Stellen. Weniger Arbeitsplätze als im Vorjahreszeitraum dürften von Gründungen im Verarbeitenden Gewerbe geschaffen worden sein. Der Grund: Die schlechte Branchenkonjunktur in vielen Bereichen des Sektors. Mit 35.500 zusätzlichen Stellen wurde der Vorjahreswert (46.500) um 11.000 unterschritten. Auch im Bau sind durch Unternehmensgründungen weniger Jobs entstanden als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (minus 2.400 Stellen).

Dienstleister: Jobmotor der Zukunft

2.3.2 Branchenspezifisches Gründungsklima

Die Bedingungen für die Gründung eines Unternehmens werden anhand von vier Einflussfaktoren – Branchenkonjunktur, Finanzierungs- und Marktzugangsbedingungen sowie Insolvenzrisiko – erfasst und branchenspezifisch untersucht. Mittels dieser Einflussgrößen lässt sich darauf schließen, in welchen Branchen das Gründungsklima und damit die Chancen für Neugründer zurzeit am besten sind. Im Folgenden werden die Hauptergebnisse vorgestellt; eine differenzierte Darstellung ist im Anhang zu finden.

Wie stellt sich die Situation in den ersten Monaten des Jahres dar?

Im Dienstleistungssektor sind die Bedingungen für Unternehmensgründer derzeit am günstigsten. Auf einer Bewertungsskala zwischen 0 bis 10 erhalten die Wirtschaftszweige unternehmensnahe Dienstleistungen und personenbezogene Dienste eine Punktzahl von 7,3 bzw. 7,1. Dabei profitieren beide Bereiche von einer vergleichsweise günstigen Konjunkturentwicklung und den niedrigen Einstiegshürden für Marktneulinge. Abstriche gibt es bei den Finanzierungsbedingungen, die allerdings im Dienstleistungssektor nicht eine so große Relevanz haben wie beispielsweise im Verarbeitenden Gewerbe, wo Gründer mehr Startkapital benötigen. Das Insolvenzrisiko ist bei den perso-

Freundliches Gründungsklima bei Dienstleistern

nenbezogenen Diensten höher als bei den Unternehmensdienstleistern – daher werden bei diesem Kriterium weniger Punkte erreicht.

Gute Startbedingungen gibt es auch für Gründungsprojekte im Industriesektor Chemie. Die konjunkturelle Lage hat sich nach der schweren Rezession im vergangenen Jahr wieder merklich aufgehellt, und die Finanzierungssituation der Unternehmen entspannt sich. Hinzu kommt das vergleichsweise niedrige Ausfallrisiko in der Branche. Das bringt dem Gründungsklima im Wirtschaftszweig Chemie eine überdurchschnittliche Punktezahl (6,5 Punkte) und macht den negativen Einfluss der hohen Markteintrittshürden wett.

Chemie startet gut in 2010

Tab. 27: Branchenspezifisches Gründungsklima ausgewählter Wirtschaftsbereiche im 1. Halbjahr 2010

	unternehmensnahe Dienstleister	personenbez. Dienstleistungen	Chemie/Kunststoffe	Großhandel	Metall und Elektro	Einzelhandel	Baugewerbe	Verkehr und Logistik
Gründungsklima	7,3	7,1	6,5	5,6	4,8	3,8	3,2	3,0
Branchenkonjunktur	8,0	10,0	9,0	5,0	4,0	0,0	3,0	2,0
Insolvenzrisiko	7,5	6,3	8,3	4,5	5,5	2,8	1,3	0,3
Finanzierungsbedingungen	5,0	2,0	10,0	6,0	8,7	6,0	1,7	1,7
Marktzugangsbedingungen	8,4	9,0	1,3	6,3	2,3	5,3	5,3	5,7

Quelle: Creditreform Berechnungen.

Bewertungsskala: 10 = sehr gute Bedingungen für Unternehmensgründer; 0 = sehr schlechte Bedingungen für Unternehmensgründer.

Gründungsklima treibt Zahl der Markteintritte

Trotz eher niedriger Zugangsbarrieren – was beispielsweise den Kapitalbedarf betrifft – lassen sich die Bedingungen für Gründer in den Branchen Einzelhandel, Bau und Verkehr insgesamt als ungünstig bewerten. Die wirtschaftliche Situation in diesen Bereichen ist derzeit schwierig, die Finanzierungsbedingungen werden von den Unternehmen als eher restriktiv eingeschätzt. Auch das hohe Insolvenzrisiko und damit

eine hohe Wahrscheinlichkeit des Scheiterns erschweren den Markteinstieg und machen es für junge Unternehmen nicht leicht, sich am Markt zu behaupten.

Das branchenspezifische Gründungsklima bestimmt wesentlich die Höhe der Gründungsquote – das heißt, die Anzahl der Gründungen pro 10.000 Bestandsunternehmen. Mit anderen Worten: Ein aktives Gründungsgeschehen deutet auf vorteilhafte Bedingungen für Unternehmensgründungen in der betreffenden Branche hin. So spiegelt die hohe Gründungsintensität im Dienstleistungssektor die dort vorherrschenden guten branchenspezifischen Bedingungen für junge Unternehmen wider, wie niedrige Markteintrittsschranken und ein eher geringer Kapitalbedarf.

3 Zusammenfassung

Trotz der konjunkturellen Erholung legen die Insolvenzzahlen weiter zu. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres mussten 17.360 Unternehmen einen Insolvenzantrag stellen. Das sind 7,1 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (16.210). Nach eineinhalb Jahren Wirtschafts- und Finanzkrise zeigen sich immer mehr Firmen finanziell angeschlagen. Die Kapitalreserven der Unternehmen sind erschöpft, die Kreditvergabe erlahmte vielfach. So hat sich das Insolvenzgeschehen auf die kleinen Mittelständler verlagert.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen erhöhte sich im ersten Halbjahr 2010 um deutliche 13,3 Prozent auf 54.780 Fälle (Vorjahr: 48.350). Die Entwicklung in den ersten Monaten deutet bereits an, dass 2010 die Zahl der insolventen Privatpersonen wie im Vorjahr deutlich über der Marke von 100.000 liegen dürfte. Die „sonstigen“ Insolvenzen (u. a. überschuldete Nachlässe, Insolvenzen von ehemals selbstständig Tätigen) nahmen im ersten Halbjahr um 2,9 Prozent auf 15.010 Fälle (Vorjahr: 14.580) zu. Damit befassten sich die Gerichte mit insgesamt 87.150 Insolvenzfällen (Vorjahr: 79.140).

Die insolventen Unternehmen verursachten im ersten Halbjahr einen volkswirtschaftlichen Schaden in Höhe von insgesamt 14,7 Milliarden Euro. Damit liegt das

Schadensniveau 6,1 Milliarden Euro niedriger als im Vergleichszeitraum 2009 (20,8 Milliarden Euro). 10,2 Milliarden Euro der Schadenssumme entfallen auf private Gläubiger, die einen Großteil ihrer Forderungen voraussichtlich abschreiben müssen. Die öffentliche Hand muss für Schäden von schätzungsweise 4,5 Milliarden Euro aufkommen. Die entstandene mittlere Schadenssumme bei privaten Gläubigern je Unternehmensinsolvenz beträgt 588.000 Euro (Vorjahr: 882.000 Euro).

Durch die Insolvenz des Arbeitgebers sind die Arbeitsplätze von 155.000 Beschäftigten bedroht. Die Zahl der gefährdeten Jobs verringerte sich trotz des Anstiegs der Unternehmensinsolvenzen um 39 Prozent (Vorjahr: 254.000). Aufgrund der deutlich geringeren Zahl an Großinsolvenzen entfallen nach 66 Prozent im Vorjahr diesmal nur rund 45 Prozent der Arbeitsplatzverluste auf Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten.

Für die gestiegene Zahl an Unternehmensinsolvenzen sind die Zuwächse im „kleinen“ Mittelstand verantwortlich. Große Firmenzusammenbrüche gab es im Gegensatz zu 2009 nur wenige. So erhöhte sich der Anteil der Kleinstbetriebe (bis 500.000 Euro Jahresumsatz) am deutschen Insolvenzgeschehen von 61,5 auf 63,7 Prozent. Mit 11.050 Insolvenzen in diesem Bereich wurde eine Zunahme um 10,9 Prozent registriert, während lediglich 130 insolvente Firmen gezählt wurden, die mehr als 25 Millionen Euro im Jahr umsetzten (minus 28,8 Prozent gegenüber 2009).

Die konjunkturelle Stabilisierung findet in der diesjährigen Insolvenzentwicklung erst teilweise ihren Niederschlag. So gibt es im Bausektor sowie im Verarbeitenden Gewerbe einen leichten Rückgang, während im Handel sowie im Dienstleistungssektor noch Zuwächse verzeichnet werden. Im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes sank die Zahl der Konkurse nach einem kräftigen Anstieg im letzten Jahr um zwei Prozent auf 1.500 Fälle (Vorjahr: 1.530). Das Baugewerbe verzeichnet 2.560 Insolvenzen – ein Minus von 4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum (2.690 Fälle).

Im Handel wurde dagegen ein Anstieg der Insolvenzzahl um 5,6 Prozent auf 3.740 Fälle registriert (Vorjahr: 3.540). Zweistellig fällt der Zuwachs bei den Dienstleistern aus: Nach 8.450 insolventen Dienstleistungsunternehmen im ersten Halbjahr 2009 sind diesmal 9.560 Betriebe betroffen (plus 13,1 Prozent).

In allen Unternehmensaltersklassen lässt sich ein Anstieg der Insolvenzzahlen feststellen. Mit lediglich 1,8 Prozent bzw. 3,8 Prozent fiel die Steigerungsrate bei jungen Unternehmen (bis zwei Jahre) bzw. bei etablierten Firmen (mehr als zehn Jahre) aber vergleichsweise gering aus. Zweistellige Zuwachsraten von 14,1 bzw. 14,7 Prozent verzeichnen dagegen die Altersgruppen sieben bis acht Jahre und fünf bis sechs Jahre.

In der ersten Hälfte des laufenden Jahres wurden deutschlandweit 87.600 wirtschaftsaktive Gründungen registriert. Dabei handelt es sich um Unternehmen, über die Kapitalgeber oder Lieferanten eine Creditreform Wirtschaftsauskunft eingeholt haben bzw. die neu ins Handelsregister eingetragen worden. Im Vergleich zum Vorjahr (89.400) entspricht dies einem leichten Rückgang um 2,0 Prozent. Den größten Anteil am Gründungsgeschehen besitzt der Dienstleistungssektor mit 58.000 neuen Unternehmen, gefolgt vom Handel mit 16.000 wirtschaftsaktiven Neueintragungen. Im Verarbeitenden Gewerbe wurden 7.100 Unternehmen gegründet, denen eine größere wirtschaftliche Bedeutung zukommt – im Bau waren es 6.500. Von den neu entstandenen Unternehmen sind 211.000 Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Insgesamt wurden 450.100 Anmeldungen im Gewerbe- und Handelsregister festgehalten. Das ist ein Plus von 6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr (421.600). Die Zahl der Löschungen verringerte sich um 2,1 Prozent auf 353.300 (Vorjahr: 360.700).

Die höchste Gründungsintensität weisen derzeit die Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen auf. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres kamen auf 10.000 Bestandsunternehmen 524 (Hamburg), 452

(Berlin) bzw. 420 (Bremen) Neueintragungen ins Handelsregister. Über dem Bundesdurchschnitt von 296 liegen zudem die Länder Nordrhein-Westfalen (327), Schleswig-Holstein (327), Hessen (318) und Bayern (308). Die wenigsten Handelsregisterneugründungen pro 10.000 Unternehmen gab es in Thüringen (198), gefolgt von Rheinland-Pfalz (216).

Dienstleister fanden im ersten Halbjahr die besten Bedingungen für den Start in die Selbstständigkeit vor. Auf einer Bewertungsskala von 0 bis 10 werden die Gründungsbedingungen in den Wirtschaftszweigen unternehmensnahe und personenbezogene Dienstleistungen mit der Punktzahl 7,3 bzw. 7,1 bewertet. Positiv für Gründungen in diesen Wirtschaftszweigen sind die vergleichsweise freundliche Branchenkonjunktur und die niedrigen Eintrittshürden. Die Startbedingungen für Unternehmensgründungen im Großhandel werden mit 5,6 von 10 möglichen Punkten bewertet, im Einzelhandel sind es 3,8 und im Bausektor 3,2 Punkte. Am ungünstigsten für Startups ist das derzeitige Gründungsklima im Transport- und Logistikgewerbe (3,0 Punkte). Eine hohe Insolvenzgefahr und die tiefen Einschnitte der Rezession auf die Branchenkonjunktur belasten in diesem Wirtschaftszweig die Gründung eines Unternehmens.

■ **Anhang: Branchenspezifisches Gründungsklima**

Die Startbedingungen für Gründer sind ein wesentlicher Bestimmungsgrund für die Gründungsintensität in einer Branche, das heißt, die Zahl der Gründungen je 10.000 Unternehmen. Zur Beurteilung der Gründungsbedingungen in einem Sektor lassen sich vier wichtige Einflussfaktoren identifizieren und branchenspezifisch analysieren: die aktuelle Konjunkturlage, die Finanzierungsbedingungen, die Höhe der Markteintrittsbarrieren und das Risiko, mit der Neugründung zu scheitern (Insolvenzrisiko). Mit unterschiedlichen Gewichtungen versehen, werden diese Einzelfaktoren anhand einer Punkteskala von 0 bis 10 Punkten bewertet und zu einem Gesamtscore zusammengefasst.

Die aktuelle Wirtschaftslage in einer Branche wird mit dem Creditreform Geschäftsklimaindex abgebildet, der aus Unternehmensbefragungen ermittelt wird. Dazu werden die Beurteilungen der Unternehmen hinsichtlich Geschäftslage und -erwartungen zu einem Index verdichtet. Neben den Fremdkapitalkosten (Zinssätze für langfristige Kredite) beeinflussen auch Schwierigkeiten bei der Kapitalbeschaffung das Gründungsklima in einer Branche. Aus diesem Grund werden die Finanzierungsbedingungen als zweiter wesentlicher Faktor für die Gründungsbedingungen identifiziert. Zwar haben viele Gründer lediglich einen Finanzierungsbedarf von wenigen tausend Euro (Mikrofinanzierung), allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass die überproportional hohe Gründungszahl im Dienstleistungssektor dieses Bild verzerrt. Zur Neugründung eines Unternehmens wird nach wie vor in vielen Fällen Startkapital benötigt, um betriebsnotwendige Vermögensgegenstände zu erwerben, anzumieten etc. Neben den langfristigen Zinsen am Kapitalmarkt spielen branchenspezifische Variablen für die Finanzierungsbedingungen eine wichtige Rolle – wie die Branchenbonität, die maßgeblich die Höhe der Fremdkapitalkosten mitbestimmt.

Das hohe Risiko, mit einer Existenzgründung zu scheitern, hält viele potenzielle Gründer davon ab, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Die aktuelle Insolvenzquote in der Branche liefert wichtige Hinweise auf existierende Risiken. Dazu bildet der Creditreform Risiko Indikator (CRI) die Insolvenzanfälligkeit einer Branche ab. Weiterhin fließen Informationen zum Zahlungsverhalten aus dem Creditreform Debitorenregister (DRD) und Befragungsergebnisse zum Kundenzahlungsverhalten mit in die Berechnung des branchenspezifischen Insolvenzrisikos ein.

Schließlich bestimmen strukturelle Marktzugangsbedingungen die Schwere des Markteintritts. Falls hohe Hürden existieren, werden Gründungen eher verhindert. Eine solche Markteintrittsschranke ist beispielsweise der erforderliche Kapitalbedarf zur Finanzierung von betriebsnotwendigem Anlagevermögen. Als Annäherung an die Höhe dieses Kapitalbedarfs werden Bi-

lanzdaten herangezogen, die Auskunft über das Produktivkapital geben. Bei kleineren Betrieben (bis maximal zehn Beschäftigten) lässt sich mittels der Höhe dieses Vermögens der wahrscheinliche Kapitalbedarf für Branchenneulinge abschätzen. Dabei wirkt ein hoher Kapitalbedarf als Markteintrittsschranke und erschwert den Marktzugang. Zusätzlich verrät ein Blick auf die Altersstruktur der Branche vorhandene Schwierigkeiten für junge Unternehmen beim Markteintritt. Ist der Anteil junger Betriebe in der Branche hoch, deutet das auf einen relativ einfachen Zugang in den Markt und ein vitales Gründungsgeschehen hin.

Branchenspezifisches Gründungsklima Frühjahr 2010

Einflussfaktoren		Gewichtung	Gesamtwirtschaft	Baugewerbe	Chemie / Kunststoff	Einzelhandel	Großhandel	Grundstoffe	Konsumgüter	personenbezogene DL	Metall / Elektro	unternehmensnahe DL	Verkehr / Logistik
Gründungsklima			5,1	3,2	6,5	3,8	5,6	4,1	4,5	7,1	4,8	7,3	3,0
Konjunktur	Geschäftsklima		+6,0	-1,9	+19,5	-10,1	+4,8	-7,6	+10,6	+20,8	+2,0	+19,4	-7,5
	Konjunktur	0,25	6	3	9	0	5	1	7	10	4	8	2
Finanzierungsbedingungen	durchschn. Bonität		262	265	247	259	259	252	253	263	251	263	266
	Gewichtungsfaktor		1,00	1,05	0,79	0,95	0,95	0,86	0,87	1,02	0,84	1,02	1,06
	gewichtete langfristige Zinsen (in %)		4,00	4,19	3,16	3,82	3,82	3,42	3,48	4,06	3,37	4,06	4,25
	Bewertung		4	1	10	6	6	8	7	3	9	3	0
	Finanzierungsprobleme (in % der Unternehmen)		19,3	23,3	7,3	16,9	16,9	32,5	33,9	36,3	16,0	14,5	17,5
	Bewertung		4	3	10	6	6	2	1	0	8	9	5
	Finanzierungsbedingungen	0,25	4	1,7	10	6	6	6	5	2	8,7	5	1,7
Insolvenzrisiko	Insolvenzquote		2,37	3,09	2,13	2,73	2,32	1,34	2,11	2,71	2,18	1,93	4,34
	Bewertung		4	1	7	2	5	10	8	3	6	9	0
	Zahlungsverhalten der Kunden (Saldo gut/schlecht)		36,1	33,7	41,2	36,9	32,2	37,4	37,1	42,6	32,6	41,1	28,0
	Bewertung		4	3	9	5	1	7	6	10	2	8	0
	Zahlungsverhalten der Branche (Überfällige Tage)		13,10	14,80	11,53	13,27	12,09	12,82	12,50	11,66	11,86	13,01	14,04
	Bewertung		3	0	10	2	7	5	6	9	5	4	1
	Insolvenzrisiko	0,15	3,8	1,3	8,3	2,8	4,5	8	7	6,3	5,5	7,5	0,3
Marktzugangsbedingungen	Altersstruktur*		56,9	69,1	73,0	69,3	64,3	68,2	75,9	48,5	71,3	48,3	57,4
	Bewertung		7	4	1	3	6	5	0	9	2	10	8
	Finanzbedarf** (Tsd. €)		30,1	25,3	51,1	20,7	28,8	215,5	31,7	22,4	35,3	31,0	51,8
	Bewertung		6	8	2	10	7	0	4	9	3	5	1
	Marktzugangsbedingungen	0,35	5,7	5,3	1,3	5,3	6,3	3,4	1,3	9	2,3	8,4	5,7

* Anteil der Unternehmen >=10 Jahre

** Schätzung anhand des Median des Anlagevermögens von kleinen Unternehmen (bis 10 Beschäftigte).

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung

Leitung: Michael Bretz (Tel.: 02131/109-171)

Redaktion: Dr. Hardy Gude (Tel.: 02131/109-172)

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

E-Mail: m.bretz@verband.creditreform.de

Alle Rechte vorbehalten

© 2010, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzangaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 22. Juni 2010